

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM,
ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.
Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.
Telefon: 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 14/15. Jahrgang

15. Juli 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

VERFASSUNGSRURTEIL

Zur Kriegsführung ermächtigt

Die unmittelbar beteiligten Kohl, Kinkel und Rühe haben sich außerhalb der Verfassung bewegt, als sie Auslandseinsätze der Bundeswehr anordneten, ohne die Zustimmung des Bundestages einzuholen. Auch meinen immerhin vier Bundesverfassungsrichter, daß die Regierung Rechte des Parlaments verletzt hat, als sie im NATO-Bündnis zusammen mit anderen Mächten das räumlich und sachliche klar definierte Verteidigungsbündnis als allgemeines Militärbündnis handhabte.

Im wesentlichen jedoch haben die Verfassungsrichter Regierung und Bundestag zur Kriegsführung ermächtigt.

Wer die Verfassungsbestimmung, nach der der Bund Streitkräfte zur Verteidigung aufstellt, so verstand, daß die Bedrohung anderer Länder mit Krieg aus dem gesetzlich zulässigen Repertoire deutscher Staatspolitik getilgt worden war, wird jetzt mit einer neuen politischen Realität konfrontiert.

Die Verfassungsrichter gehen davon aus, daß nicht etwa die Bevölkerung des Landes dem Staat nach den gemachten Kriegserfahrungen das Recht abgesprochen hat, Kriege zu erklären. Sie sehen in den einschlägigen Sicherungen der Verfassung lediglich die Einschränkungen eines unterlegenen Staates durch Sieger. Wo die Handlungsfreiheit des Staates als höchstes Gut regiert, fällt die Schutzfunktion der Verfassung für die Bevölkerung weg. Ein einziger schwacher Rest verbleibt durch die Bestimmung, daß mehrheitliche Zustimmung des Bundestages erforderlich ist.

Die Anbindung des Rechts zur Führung von Angriffskriegen an Systeme kollektiver Sicherheit wird sich als praktisch von nur geringer Bedeutung erweisen. Wichtiger dürfte das Bundestagswahlergebnis sein. Die regierenden Clique von smarten und groben Verfassungsbrechern würde eine Bestätigung ihrer Regierungsmehrheit so verstehen, daß die Bevölkerung die von ihnen angekündigten Kriege herbeiwünscht. Ein Militarisierungsschub würde einsetzen. Erkennbare Komponenten:

Die systematische Verwicklung der BRD in Kolonialexpeditionen, damit sich Truppe und Volk an Pulverdampf und Blutgeruch gewöhnen.

Ein großes Ausrüstungsprogramm, das vor allem der Luftfahrtindustrie und dem Schiffbau Auftrieb geben soll und mit Einsparungen im Sozialwesen bezahlt wird.

Eine immer noch weiter verschärfte Verfolgung der Ausländer, die — gerade weil sie eben keine deutschen Staatsbürger sind — als Sicherheitsrisiko bewertet und mißhandelt werden.

Politische Repression und systematisches Zusammenspiel von rechtem Terror und staatlicher Gewalt.

Verweigerung, materielle Abrüstung, Rückruf von Truppen, Rückzug aus Militärbündnissen werden zu unmittelbar praktischen Forderungen. — (maf)



Etwa 30 000 Menschen protestierten am 9. Juli in Hannover mit einem Trauermarsch gegen den Todesschuß auf den 16jährigen kurdischen Jungen Halim Dener. Der Hannoveraner Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) forderte auf der Abschluß-

kundgebung einen sofortigen Stopp der deutschen Waffenlieferungen in die Türkei. Das Verbot der PKK und der kurdischen Vereine nannte er „kontraproduktiv“. Berichte und Dokumente zum Todesschuß auf Halim Dener auf Seite 4. — (rül)

„Friedensplan“, der Krieg betreibt

Hardy Vollmer über den neuen „Bosnien-Friedensplan“

In diesen Tagen müssen die bosnischen Kriegsparteien über den Friedensplan der sogenannten „Bosnien-Kontaktgruppe“ entschieden haben. Die „Bosnien-Kontaktgruppe“ besteht aus Vertretern der BRD, Frankreichs, Englands, der USA und Rußlands. Vor gut zwei Wochen legten sie einen „Bosnien-Friedensplan“ vor, der eine Zweiteilung des Landes festlegt. Die vor kurzem geschlossene bosnisch-kroatische Föderation erhält nach diesem Plan 51 % des Landes, die bosnischen Serben 49 %. Innerhalb einer Zweiwochenfrist sollten sich die beteiligten Parteien zu dem Plan äußern. Sollte es zu einer negativen Reaktion auf den Plan kommen, drohen die Staaten der Kontaktgruppe nicht näher definierte Sanktionen an.

Nach anfänglichem Zögern haben die kroatische Seite und die der bosnischen Muslime Zustimmung signalisiert. Das Zaudern war propagandistisch. Tatsächlich würde bei Durchsetzung des Planes die bosnisch-kroatische Föderation den größten Teil des Landes unter Kontrolle nehmen. Wie schon beim Abschluß der Konföderation absehbar, war es das Ziel, Bosnien in den Grenzen des ehemaligen sozialistischen Staates zu zerschlagen und durch die Schaffung der kroatisch-bosnischen Föderation faktisch wieder ein Großkroatien zu schaffen, wie es zu Zeiten des kroatischen Faschistenstaates unter deutscher Führung schon einmal bestanden hatte. Bosnien als gelungenes Beispiel nicht-nationaler Staatsbildung ist damit von der politischen Landkarte des Balkans verschwunden. Dominieren

werden wieder kroatischer und serbischer Nationalismus. Dies war schon immer das Ziel kroatischer und serbischer Exilgruppen und der sie unterstützenden Staaten. Dies war das Ziel gegen das sozialistische Jugoslawien arbeitender Politiker wie Milosevic, Tudjman und Izetbegovic.

Daß sich Kroaten und Bosnier schnell auf den Plan einigten, lag natürlich auch an den wechselnden Vorzeichen in der US-amerikanischen Balkanpolitik. Waren die USA zunächst gegen militärische Intervention, haben sich in den vergangenen Wochen die Kräfte der Aggression durchgesetzt. Immer wieder wurden in Kongreß und Repräsentantenhaus Resolutionen durchgebracht, die eine Aufhebung des Waffenembargos gegen die bosnischen Muslime (genauer für die bosnisch-kroatische Föderation) forderten. Sogar einen Tag vor Bekanntgabe der Pläne der Kontaktgruppe nahm der Senat ein Gesetz an, das die US-Regierung auffordert, gemeinsam mit den europäischen Regierungen eine Aufhebung des Waffenembargos durchzusetzen.

Ebenso beflügelt es die bosnisch-kroatischen Generäle, wenn türkische Regierungsvertreter und die Regierung der bosnisch-kroatischen Föderation am 17. Juli auf der Mittelmeerinsel Brioni zu einer Konferenz zusammenkommen, um die Modalitäten einer engeren militärischen und politischen Zusammenarbeit zu beraten. Die Türkei, die mit einem 2000 Mann starken Kontingent auf dem Balkan vertreten ist, hat angekündigt, im Falle einer Ablehnung des Planes durch die serbische Sei-

te massiver in den Balkankonflikt auf Seiten der bosnisch-kroatischen Föderation einzugreifen. Was das bedeuten kann, muß man nicht weiter ausmalen. Auch die „Krieg in Sicht“-Krise zwischen Griechenland und der Türkei um die Meerengenfrage wird so neue Nahrung bekommen.

Diese Entwicklungen haben die bosnische Armee in den letzten Wochen zu verschiedenen Offensiven veranlaßt. Ihr Oberkommandierender spricht nun davon, daß die Truppen von einem Verteidigungskrieg zu einem Eroberungskrieg übergegangen sind. Ermöglicht wurde dies durch Waffenlieferung aus dem Iran und durch die bosnisch-kroatische Konföderation. Daß auch von anderer Seite kräftig Waffen geliefert werden, enthüllte ausgerechnet ein ARD-Korrespondent, der in der Nachrichtensendung am 10. Juli die bessere Waffentechnik auf bosnischer Seite feststellte und dabei einen bosnischen Milizionär im Bundeswehrdrill mit Deutschlandfahne und Bundeswehrkoppel filmte.

Daß die bosnischen Serben unter diesen Bedingungen dem Plan zustimmen, ist sehr unwahrscheinlich. Es kommt hinzu, daß die bosnischen Serben auf ihren Korridor zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und den serbischen Gebieten in Bosnien verzichten sollen. Zu erwarten, daß dies von Karadzic akzeptiert wird, ist naiv. Das erwartet die Kontaktgruppe auch nicht.

Mit der Ablehnung wird gerechnet, um damit politisch das Klima für die offene Unterstützung der bosnisch-kroatischen Föderation zu schaffen. — (hav)

Verfassungsreform gescheitert Ostdeutsche Wünsche ignoriert

Von Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer

Am 30. Juni hat der Bundestag die Schlußabstimmungen zur sogenannten „Verfassungsreform“ durchgeführt. Die Änderungen, die wahrscheinlich auch den Bundesrat passieren werden, sind rechts dokumentiert. Im folgenden ein kurzer Bericht des PDS-Abgeordneten Prof. Uwe-Jens Heuer sowie Auszüge aus seiner Rede im Bundestag.

„1. Entscheidend für den Verlauf der abschließenden Abstimmung am 30.6. war die fast geschlossene Abstimmung der CDU/CSU-Fraktion. Damit unterlagen alle Vorschläge der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS, auch diejenigen, denen dann auch die FDP (nach dem Debakel bei den Europawahlen) zugestimmt hatte, die auch dann nur die einfache Mehrheit erreichten.“

Die Artikel 3, 20a, 28, 29, 87 und 118a haben als Paket die Zustimmung fast aller Abgeordneten erhalten. Von politischem Gewicht sind eigentlich nur die Artikel 3, 20a und 28.

Die übrigen beziehen sich im wesentlichen auf das Verhältnis von Bund und Ländern. (...) Wahrscheinlich wird der gesamte Komplex Bund/Länder jetzt nicht die Zustimmung des Bundesrates erhalten. (...)“

Rede von Prof. Uwe Jens Heuer am 30. 6. im Bundestag (gekürzt)

(Nachdem er das Scheitern der Anträge zur Anerkennung der Rechte der Minderheiten, z. B. der Sinti und Roma, und den Abbau von Verfassungsrechten wie dem Recht auf Asyl, dem Verbot von Bundeswehreinheiten im Ausland usw. kritisierte, erklärte Prof. Heuer u. a.):

„(...) Zu den ungelösten Problemen der Verfassungsdebatte zählt das Problem der Vollendung der Einheit Deutschlands.“

Herr Kleinert hat gesagt, wir sollen das Grundgesetz dann ändern, wenn eine wirklich neue Lage eingetreten ist. Hier ist nun einmal eine wirklich neue Lage eingetreten. Ich meine also, hier müßten Änderungen vorgenommen werden. (...)“

„(...) Ich halte dieses Augenverschließen vor der deutschen Einheit für wirklich schlimm. Zweifellos ist der DDR-Staat zerbrochen. Manche sagen, er sei ruhmlos untergegangen. Ich halte eine solche Formulierung für gefährlich: Was ist denn ein ruhmreicher Untergang? Das erinnert etwas an die Nibelungen. — Herr Vogel hat hier mit Recht gesagt: Es ist kein Tropfen Blut geflossen. Ich halte das für sehr wichtig und sehr gut.“

Aber jetzt wird unter den Ruinen dieses Staates eine DDR-Gesellschaft sichtbar. Mir scheint, daß viele von Ihnen angenommen haben, was vielleicht noch im Jahre 1953 möglich gewesen wäre, daß nach dem Wegräumen des DDR-Staats die alte bürgerliche Gesellschaft wieder zutage tritt. Tatsächlich hat sich in diesen vierzig Jahren in Ostdeutschland eine andere Gesellschaft herausgebildet. Ich habe das dringende Anliegen an Sie, diese andere deutsche Gesellschaft zu erkennen, sie nicht von vornherein für die schlechtere zu halten und sie erst einmal zu studieren und zu untersuchen, sie vielleicht wie die Indianer vorurteilsfrei zu betrachten. Aber das hat man bei den Indianern erst gemacht, nachdem sie ausgerottet waren.

Also: Sehen Sie sich diese Gesellschaft vorurteilslos an, und überlegen Sie, wie Sie mit dieser Gesellschaft zu Rande kommen wollen! Ich meine, daß die Entschließung der Enquete-Kommission dabei nicht hilfreich war, indem sie Absagen an Anästhetie gegeben hat und statt dessen Ausbau der Ermittlungs- und Justizorgane gefordert hat.

Ich will noch auf ein jüngstes Beispiel dafür hinweisen, nämlich das mecklenburgische Landeshochschulgesetz vom 9. Februar 1994, in dem festgelegt ist, daß alle Professoren, Hochschuldozenten und Dozenten Mecklenburgs sich einem Ehrenrat stellen müssen, der prüft, ob sie überhaupt berechtigt sind, diesen Titel weiter zu führen. Darüber entscheidet dann abschließend der Kultusminister. Das halte ich für gefährlich und nicht gut. Wir wollten versuchen, Rechte für die Ostdeutschen aufzunehmen. Wir haben solche Vorschläge gemacht, z. B. hinsichtlich einer dritten Kammer und hinsichtlich einer Toleranzregelung.

Meine Damen und Herren, ich halte es für gefährlich, wenn man mit der Gesellschaft in Ostdeutschland nicht versteht umzugehen. Es gab gegenseitigen Haß, daran gibt es gar keinen Zweifel. Es gab viel Schlimmes zwischen diesen beiden deutschen Staaten. Aber man sollte das nicht auf diese Gesellschaft, auf die Menschen, die dort leben, und auf ihre Strukturen übertragen. Deshalb schlagen wir mit Artikel 116b eine Toleranzregelung mit Verfassungsrang vor, die klarstellt, daß es keine Diskriminierung oder Ausgrenzung von ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern allein wegen ihrer politischen Haltung zur DDR geben darf.

Die „Verfassungsreform“

Die Änderung der Art. 3, 20a und 28

Artikel 3

Dem Absatz 2 wird folgender Satz 2 angefügt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Dem Absatz 3 wird folgender Satz 3 angefügt: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Artikel 20a

Es wird folgender Artikel 20a eingefügt: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Artikel 28

Dem Absatz 2 wird folgender Satz 3 angefügt: „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung.“ (Anm. d. Red.: Art. 28 Abs. 2 befaßt sich mit der Selbstverwaltung der Gemeinden.)

Quelle: „FAZ“, 5. 7. 94

Eine solche Regelung hat der Deutsche Bundestag hinsichtlich des Saargebiets im Jahre 1956 beschlossen, so daß eine solche Regelung nicht grundgesetzwidrig sein dürfte. (...) Schließen Sie Frieden mit dieser ostdeutschen Gesellschaft! Was wäre dazu besser geeignet als die Verfassung!

Quelle: Protokoll des Bundestags, 30. 6. 94, S. 20994f.

AKTUELL IN BONN

Schengen bald in Kraft?

Das Schengener Abkommen (u. a. Abbau von Grenzkontrollen, vor allem aber Ausbau der Polizeizusammenarbeit zwischen neun der zwölf EU-Staaten) wird womöglich Ende November, d. h. kurz nach den Bundestagswahlen, in Kraft treten können. Eigentlich hatte das Abkommen bereits Anfang 1994 in Kraft treten sollen, war dann aber, angeblich wegen „technischer Probleme“ (der Computer in der Straßburger „Europol“-Zentrale, der den polizeilichen Datenaustausch erleichtern soll, funktioniert angeblich noch nicht), bereits mehrfach verschoben worden. Aus Brüssel verlautet nun, bis Oktober könne dieses „technische Problem“ gelöst sein, nun müsse nur noch der „politische Wille“ bestehen. Es gibt also auch noch andere Widerstände gegen ein EU-weites Polizeinetz.

Richterwahl: SPD gewinnt Einfluß

Eine Folge der Abwahl der Magdeburger Landesregierung zeigt sich schon jetzt bei der Wahl der Bundesrichter: CDU/CSU und FDP haben ihre Mehrheit im Richterwahlausschuß verloren. Zur Zeit sind neun Richterstellen am Bundesgerichtshof, am Bundesverwaltungsgericht und am Bundessozialgericht vakant. Die SPD hat die letzten Sitzungen platzen lassen durch Nichterscheinen, so daß nun die nächste Sitzung erst nach Amtsantritt der Magdeburger Regierung sein könnte. CDU- und FDP-Sprecher kritisieren bereits

den „großen Schaden“, den die SPD dem Rechtsstaat zufüge, die CSU macht sich zudem Sorge, daß ihr CSU-Kandidat für die Stelle des Präsidenten des Bundesfinanzhofes nicht dran kommt.

BGS-Gesetz blockiert

Auf seiner Sitzung am vergangenen Freitag hat der Bundesrat den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Bundesgrenzschutz (wir berichteten) blockiert und an den Vermittlungsausschuß überwiesen. Begründung der SPD-Regierungen: Mit dem Gesetz sei die Gefahr der Bildung einer „Bundespolizei“ gegeben. NRW-Innenminister Schnoor erklärte, das Machtgefüge im Bereich der Polizei dürfe sich nicht weiter zugunsten des Bundes verschieben. Bundesinnenminister Kanther war diese Ablehnung „unbegreiflich“.

Kein „Entschädigungsgesetz“?

Auch das sogenannte „Entschädigungsgesetz“, mit dem Junker und andere Erben der nach 1945 im Osten enteigneten Großagrarien wieder an ihre Landgüter kommen wollten, mindestens aber Entschädigungen von 18 Mrd. DM erhofften, ist im Bundesrat blockiert worden. Sogar mehrere CDU-regierte Ost-Länder stimmten gegen die Vorlage, angeblich, um im Vermittlungsausschuß mit der SPD nach einer gemeinsamen Vorlage zu suchen. In Wirklichkeit werden die Wahlergebnisse Ost und der Protest gegen die Rückkehr der Junker die CDU nervös gemacht haben.

Post von Quelle?

Der Quelle-Konzern, einer der Hauptbetreiber einer Postprivatisierung und stärker konzernfreundlichen Firmenpolitik der Post, hat aus Empörung über den letzten Poststreik jetzt begonnen, einen privaten Postdienst aufzubauen, der die Kataloge u. ä. jetzt direkt ausliefert. Bisher behauptet der Konzern, mit ca. 700 Mio. DM Umsatz „größter Kunde“ der Post zu sein (350 Mio. DM Infopost, 300 Mio. DM Pakete, Rest Telekom). Nun will der Konzern zusammen mit 40 weiteren Großkunden, die insbesondere den Bereich „Infopost“ nutzen, einen privaten Postdienst aufmachen. Kohl habe dem Unternehmen eine Zulassung für diese Privatpost versprochen, behauptet der Vorstand.

Kartellamt zur Tarifpolitik

Ausgerechnet das Bundeskartellamt maß sich nun an, Vorschläge zur Deregulierung im Tarifrecht vorzulegen. Im 10. Hauptbericht der sog. „Monopolkommission“ steht wenig Neues zur Konzentration auf Seiten der Konzern-eigner, dafür um so mehr zum Tarifrecht. Man solle „die Kartellwirkung von Tarifverträgen“ lockern, empfehlen die Gutachter. Die Vorschläge im einzelnen sind nicht neu und von Rexrodt u. a. schon mehrfach vorgelegt. Was aber hat die Monopolkommission damit zu schaffen? Immerhin: In den USA waren Anfang dieses Jahrhunderts zahlreiche Angriffe auf die Gewerkschaften von den dortigen „Antitrustbehörden“

gestartet worden. Will da jemand nachahmen?

Arbeitslosenhilfe kürzer?

Schon bevor das Bundeskabinett über die Vorlage zum Bundeshaushalt 1995 berät, ist eines der Vorhaben darin bekannt geworden. Finanzminister Waigel will die Arbeitslosenhilfe zeitlich auf zwei Jahre befristen. Folge wäre, daß viele langjährig Arbeitslose endgültig auf Sozialhilfe fallen und auf diesem Wege nicht mehr vom Bund, sondern von den Gemeinden ihr Geld beziehen. Laut SPD-Sprecher Dressler sind zudem „Zigtausende von Sozialplänen“ durch diese Änderung gefährdet, die als Übergangslösung vor der Rente mit unbefristeter Arbeitslosenhilfe rechnen. Vor allem alte Arbeitslose wären also die Opfer. Dressler: Um solche Pläne zu verhindern, müsse die Regierung auch im Bundestag ihre Mehrheit verlieren. Im Bundesrat könne ein solches Gesetz nicht gestoppt werden.

Was kommt demnächst?

Am 15. Juli berät das Bundeskabinett über den Entwurf für den Haushalt 1995. Gleichzeitig soll der Sondergipfel der Europäischen Union beginnen, auf dem ein Nachfolger von EU-Kommis-sionschef Delors gefunden werden soll. Am 16. Juli beraten SPD und Grüne in Sachsen-Anhalt über die Ergebnisse ihrer Koalitionsverhandlungen. Am 21. Juli ist die Wahl des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt.

Post: Der Sozialtarifvertrag ist abgeschlossen

Die sozialen Ansprüche der Beschäftigten konnten bis 1996 gesichert werden

Nach einem Verhandlungsmarathon von 24 Tagen und insgesamt 30 Warnstreiktagen mit über 100.000 Warnstreikenden bei Postdienst, Telekom und Postbank einigten sich die Postarbeitsgeber und die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) auf ein Sozialpaket aus vier Bestandteilen:

1. Sicherung der Einkommen (siehe letzte Ausgabe der Politischen Berichte);
2. Sicherheit für ostdeutsche Beschäftigte;
3. Sicherung sozialer Leistungen und
4. betriebliche Interessenvertretung der Beschäftigten.

Mit dem „Ost-Paket“ werden die geltenden Kündigungsregelungen für das Tarifpersonal auf die neuen Bundesländer übertragen. Die Anpassung der Arbeitszeit und Löhne an das Westniveau soll spätestens dann verhandelt werden, wenn im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer entsprechende Verhandlungen geführt werden. Damit soll gesichert werden, daß die Beschäftigten im Tarifgebiet Ost infolge der Privatisierung nicht schlechter gestellt werden, als wenn sie im öffentlichen Dienst verblieben wären. Der Tarifvertrag schließt nicht aus, daß unabhängig von Verhandlungen im öffentlichen Dienst die Anpassung an das Westniveau früher ausgehandelt werden kann.

Die betriebliche Altersversorgung wird erst dann eingeführt, wenn eine solche für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes wirksam wird.

Der Vertrag über die sozialen Fragen ergänzt die gesetzlichen Regelungen zum sozialen Besitzstand. Die betrieblichen Sozialleistungen wie z.B. Wohnheimplätze, Kinder- und Familienerho-

lungsfürsorge, Gemeinschaftsverpflegung, Betriebsärztlicher Dienst und die betriebliche Sozialbetreuung bleiben bis zum 30.6.96 unangetastet.

Bei den betrieblichen Sozialeinrichtungen wie Postbeamtenkrankenkasse, Erholungswerk, Postkleiderkasse, Studienstiftung und Versorgungsanstalt (betriebliche Altersversorgung) können bis zum 31.12.96 keine Veränderungen vorgenommen werden.

Nach Ablauf der jeweiligen Fristen können Veränderungen nur erfolgen, wenn darüber Verhandlungen mit der DPG mit dem Ziel einer Verständigung geführt werden.

Die Förderung der Selbsthilfeeinrichtungen wie Post-, Spar- und Darlehensverein, Versicherungen, Vereinigungen des Postpersonals sowie Einrichtungen zur Förderung der Völkerverständigung bleiben bis zum 31.12.96 unverändert. Zum 1.1.97 haben sich die Postmanager verpflichtet, die Selbsthilfeeinrichtungen im Rahmen besonderer Vereinbarungen unter Berücksichtigung der bisherigen Förderung und der weiteren Entwicklung zu fördern.

Für die Wohnungsfürsorge ist ein individueller Besitzstand dauerhaft festgeschrieben. Alle Beschäftigte und deren Hinterbliebenen können auf Dauer in ihren Postwohnungen verbleiben. Das gilt auch für alle, die bis zum 31.12.94 als Wohnungssuchende aufgenommen sind und innerhalb von zwei Jahren in den alten und von drei Jahren in den neuen Bundesländern eine Wohnung beziehen.

Außerdem wurde noch festgelegt, daß für die bezirkliche Schwerbehindertenvertretung mit den noch zu führenden

Tarifverhandlungen Regelungen getroffen werden und daß das Ergebnis des Tarifvertrages auf die Beamten übertragen wird.

Im Vertrag über betriebsverfassungsrechtliche Fragen wurden vorerst Regelungen zur Überleitung der Bezirkspersonalräte bei den Direktionen (Mittelbehörden) sowie den zukünftigen Gesamtbetriebsräten festgelegt. Darüber hinaus sollen, insbesondere für die DBP Postdienst und Telekom, Tarifverhandlungen über die Zuordnung von Betriebsteilen und Nebenbetrieben sowie die Einrichtung besonderer Auskunftsstellen geführt werden, die die Zustimmung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erfordern.

Die am 31.12.94 freigestellten Bezirkspersonalräte werden in dem bisherigen Umfang bis zum 30.6.97 als „Kordinatoren“ am Sitz der Direktion freigestellt. Sie sollen für Überleitungsmaßnahmen im Rahmen Privatisierung der Postunternehmen und für damit verbundene Aufgaben im Hinblick auf eine sachgerechte Zusammenarbeit der Betriebsräte tätig werden.

Auf der Ebene der Gesamtunternehmen sollen Gesamtbetriebsräte (GBR) gebildet werden. In den jeweiligen GBRs werden bei der Telekom AG alle Bezirke, bei der Postdienst AG alle Sparten und bei der Postbank AG alle Niederlassungen vertreten sein.

Die Mitglieder der Gesamtbetriebsräte werden von den Betriebsräten in Versammlungen des jeweiligen Entscheidungsbereiches delegiert. Die Größe der GBRs mit dem Freistellungsumfang ist wie folgt festgelegt: Postdienst

mit 66 Mitgliedern bei 35 Freistellungen; Telekom mit 49 Mitgliedern bei 26 Freistellungen, bei der Postbank soll die Zahl der Mitglieder nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes bei 5 Freistellungen festgelegt werden. Eine konkretisierende Regelung soll später erfolgen.

Zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten werden bei den AGs und BR/GBR bei Bedarf Einigungsstellen eingerichtet, die aus je drei Beisitzern und einem unparteiischen Vorsitzenden bestehen.

Für Meinungsverschiedenheiten in noch zu vereinbarenden Mitbestimmungstatbeständen wird für die jeweilige Generaldirektion eine tarifliche Schlichtungsstelle gebildet, die aus jeweils fünf Beisitzern und einem unparteiischen Vorsitzenden bestehen.

An diesem Tarifpaket ist als Erfolg zu betrachten, daß für den Sozialbereich eine Sicherung der derzeitigen Besitzstände bis Ende wie Mitte 1996 festgeschrieben wird und diese nicht einseitig von den Vorständen verschlechtert werden kann.

Problematisch ist die Festschreibung der Differenzierung der Beschäftigten in die Tarifbereiche West und Ost, und was zu erheblichen Schwierigkeiten führen könnte, ist die Lohnsicherung der Arbeiter und Angestellten nach 1996. Wird hier keine neue Tarifierung durchgesetzt.

So besteht für die zukünftigen Aktiengesellschaften die Möglichkeit, über Veränderung der Beamtenbewertungen eine Herabgruppierungen bis zu zwei Lohngruppen durchsetzen zu können. — (sip)

Die Sozialhilfe wird weiter gesenkt

Protesterklärung des Bundesverbands der Sozialhilfeinitiativen

Bei der zum 1. Juli anstehenden Anpassung der Sozialhilfe an die Lebenshaltungskosten werden Millionen von Armen in Deutschland noch ärmer gemacht: Nahezu alle Bundesländer werden die Sozialhilfe nur um 1,— DM erhöhen — manche gar nicht.

Diese „Erhöhung“ ist Ausdruck des puren Zynismus, der inzwischen die Politik gegenüber der Armutsbevölkerung prägt. Alle PolitikerInnen in den Bundes- und Landesregierungen, gleich welcher Partei, tragen diesen Kurs der Sparpolitik auf Kosten der Sozialhilfeberechtigten.

Auf Vorschlag der SPD-Ministerpräsidenten vom April vergangenen Jahres wird die Sozialhilfe nicht mehr entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten erhöht, vielmehr wird jetzt die prozentuale Steigerung der Netto-Lohneinkommen unterer Einkommensgruppen zugrundegelegt. Im Vermittlungsausschuß (Bundestag/Bundesrat) Ende vergangenen Jahres wurde diese Linie nochmals gemeinsam bestätigt.

Ein interministerieller Arbeitskreis auf Bundesebene kam im Mai 1994 zu dem Ergebnis, daß dieses Jahr „die durchschnittliche Nettolohn- und Gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer im Bundesgebiet ohne die neuen Bundesländer voraussichtlich um 0,2% ansteigen wird“. (Wobei der Netto-Lohnanstieg dann von einem Einkommen über 2500 DM ausgeht, derweil sich die 0,2% für die Sozialhilfe auf et-

was über 500,— DM Eckregelsatz berechnen.)

Würde die Preissteigerung, die ja die Haushaltslage der Sozialhilfeberechtigten direkt tangiert, zugrundegelegt, müßte die Erhöhung wesentlich deutlicher ausfallen: Zwischen 5 und 6 Prozent sind hier anzusetzen.

Folglich kommt beispielsweise der Bremer Senat zu dem Ergebnis: Nach den „neuen Maßstäben“ können „die Regelsätze maximal um 0,2% angehoben werden. (...) Würde die Preisentwicklung nachvollzogen, müßte der Eckregelsatz ab Juli 1994 auf ca. 550,00 DM festgesetzt werden. Der Schluß, den der Bremer Senat zu ziehen gedenkt, mutet an wie ein Stück aus dem Tollhaus — ist aber symptomatisch für die Sozialpolitik des Bundes und der Länder. Alle wissen, daß bei den Ärmsten es nichts zu sparen gibt, ziehen bei diesen aber am konsequentesten die Sparpolitik durch.

Und so wird es zum 1. Juli folgende Situation geben:

Um 1,— DM erhöhen die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

Brandenburg wird die monatliche Sozialhilfe nicht erhöhen, stattdessen wird es 12,— DM mehr Weihnachtsbeihilfe im Dezember geben. Das heißt gleichzeitig, daß nur diejenigen SozialhilfebezieherInnen davon profitieren,



die auch im Dezember Sozialhilfe erhalten. Alle anderen, die nur einen Teil der Zeit zwischen dem 1. Juli 1994 und dem 30. Juni 1995 im Sozialhilfebezug sind, gehen leer aus.

Mecklenburg-Vorpommern hat ebenfalls beschlossen, nicht zu erhöhen; ob es eine erhöhte Weihnachtsbeihilfe geben wird, war vergangene Woche noch nicht bekannt. Geplant, aber noch nicht beschlossen ist die Erhöhung um eine Mark in Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen; das Einfrieren der Sozialhilfe steht noch auf der Tagesordnung in Bremen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Im Saarland wurde letzte Woche über die Sozialhilfepolitik des Landes ver-

handelt — das Ergebnis liegt uns noch nicht vor.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen fordert demgegenüber die uneingeschränkte Erhöhung der Sozialhilfe entsprechend dem Anstieg der Lebenshaltungskosten, d.h. eine bundesweite Erhöhung um 30,— DM pro Monat, wobei in den neuen Bundesländern unter Umständen die Steigerung höher ausfallen muß, da die Lebenshaltungskosten dort noch mehr gestiegen sind.

Frankfurt/M., 20. Juni 1994
Wolfgang Scherer
Geschäftsführer

Hannover, 9. Juli: 30 000 trauern

**Dokumente zum polizeilichen
Todesschuß auf den 16jährigen
Kurden Halim Dener**



Mehr als 30 000 Menschen, nach anderen Angaben sogar 50 000, beteiligten sich am 9. Juli in Hannover an dem Trauermarsch für den knapp eine Woche vorher von einem Zivilpolizisten erschossenen 16jährigen kurdischen Jungen Halim Dener. In einem Meer von kurdischen Fahnen dokumentierten sie ihre Trauer für Halim Dener, ihre Forderung nach restloser Aufklärung des Todesschusses und Bestrafung der Schuldigen, nach Rücktritt von Bundesinnenminister Kanther und Einstellung der deutschen Waffenhilfe an die Türkei und ihre Verbundenheit mit dem kurdischen Befreiungskampf. Auf der Abschlußkundgebung sprachen unter anderem der hannoveraner Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD), Angelika Beer für den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, Hans-Henning Adler, Landesvorsitzender der PDS Niedersachsen, eine SPD-Landtagsabgeordnete und ein Sprecher der „Vorbereitungsgruppe“. Per Tonband konnte sich PKK-Generalsekretär Öcalan ebenfalls direkt an die Teilnehmer der Aktion wenden. Wir dokumentieren aus einer Dokumentation der (deutsch-kurdischen) Vorbereitungsgruppe für den Trauermarsch in Hannover, Reden auf der Kundgebung am 9. Juli in Hannover sowie Auszüge aus der Stellungnahme des Anwalts der Familie von Halim Dener. — (rül, bee)

Aus der Dokumentation der Vorbereitungsgruppe

Am frühen Morgen des 1. Juli wurde im Stadtzentrum von Hannover der sechzehnjährige kurdische Junge Halim Dener von einem Zivilpolizisten erschossen. Halim hatte zuvor Plakate der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) verklebt.

Mit diesem Mord hat die grausame Realität der bundesdeutschen Türkei-politik den Alltag in der BRD erreicht. Halim stammte aus Bingöl. Er war erst wenige Wochen in Deutschland. Er wollte sich für die Unterstützung des Befreiungskampfes in Kurdistan einsetzen und die Beihilfe der Bundesregierung für den schmutzigen Krieg gegen sein Volk öffentlich machen.

Die praktische Unterstützung der Bundesregierung für den Völkermord in Kurdistan wurde mit dieser Tat auch in der Bundesrepublik umgesetzt. Deutsche Panzer morden in Kurdistan — deutsche Polizeikugeln in der BRD. Der Tod von Halim ist kein Zufall und schon gar kein Versehen, wie von der Polizeiführung behauptet wird.

Im Zuge der Verbote kurdischer Organisationen und Institutionen in der BRD im November 1993 wurde die seit Jahren andauernde Hetzkampagne gegen den kurdischen Befreiungskampf auf eine neue Ebene gehoben. Die Bundesregierung und hier insbesondere Innenminister Kanther organisierten über den Terrorismusvorwurf eine Menschenjagd, die jetzt in Hannover in die Tat umgesetzt wurde. Sie forderten dazu auf, Unterstützerinnen des kurdischen Befreiungskampfes zu kriminalisieren, in die Hände ihrer Folterer abzuschieben und anzugreifen. Sie haben das Klima geschaffen, das die Polizei als Aufforderung für den Schußwaffeneinsatz gegen einen sechzehnjährigen kurdischen Jungen verstand.

Diese Vorgehensweise erinnert fatal an die psychologische Kriegsführung des türkischen Staates: lügen und diffamieren, um staatsterroristische Mittel zu „legitimieren“. So führte die Polizeiführung quasi als Rechtfertigung gegenüber dpa an, daß die ERNK als militanter Arm der in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gelte. Nach dieser „Logik“ handeln die türkischen Todesschwadronen seit Jahren.

All diese Angriffe der Bundesregierung gegen die hier lebenden KurdInnen sind Versuche, sie einzuschüchtern und damit den Mantel des Schweigens über die deutsche Beteiligung am Völkermord in Kurdistan auszubreiten.

Doch dieses haben sie beim kurdi-

schen Volk nicht erreicht. Trotz des schmutzigen Krieges, den der türkische Staat mit Unterstützung der BRD in Kurdistan führt, hat das kurdische Volk immer wieder Angebote für eine demokratisch-politische Lösung gemacht. Hier seien nur der über zwei Monate andauernde einseitige Waffenstillstand der kurdischen Seite im März letzten Jahres, die Nordwest-Kurdistan-Konferenz vom 12./13. März d.J. in Brüssel, die Frankfurter Demonstration am 25. Juni d.J. mit über 150 000 Teilnehmern und Festivals erwähnt.

Auf all diese Forderungen und Angebote wird mittlerweile auch in Deutschland mit Waffen geantwortet.

Deutsche Panzer morden in Kurdistan — Polizeikugeln in Deutschland.

Wir fordern alle demokratischen, antifaschistischen und humanistischen Menschen auf, sich an dem Trauermarsch für Halim Dener zu beteiligen.

Wir fordern:

- die offizielle Entschuldigung der Bundesregierung bei dem kurdischen Volk;
- das Anbringen einer Gedenktafel für Halim Dener am Tatort;
- den sofortigen Rücktritt von Innenminister Kanther;
- die Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen und Institutionen;
- Weg mit dem PKK- und ERNK-Verbot!
- (Vorbereitungskomitee)

Wer war Halim Dener, das Opfer der Kanther-Politik?

Halim Dener wurde als Sohn kurdischer Eltern am 23. 12. 1977 in Bingöl/Genç, im türkisch besetzten Teil Kurdistans, geboren. Anfang Mai 1994 stellte Halim Dener unter dem Namen Ayhan Eser in der BRD einen Asylantrag. Er benutzte diesen falschen Namen, um seine Familie, die im Dorf Parçuk lebt, nicht zu gefährden.

Das Dorf Parçuk wurde wenige Wochen vor seiner Ermordung durch die deutsche Polizei von der türkischen Armee niedergebrannt, wie über tausend andere kurdische Dörfer zuvor.

Auch in der BRD setzte er sich weiterhin für den kurdischen Befreiungskampf ein.

Die Kugel eines türkischen Soldaten hat ihn in Parçuk bei Genç nicht treffen können, aber die Kugel eines deutschen Polizisten hat am Steintorplatz in Hannover seine Brust durchbohrt und ihn getötet...

Reden auf der Kundgebung, Stellungnahmen

Niedersächsischer Flüchtlingsrat:

„(...) Der Tod von Halim Dener wäre undenkbar ohne das Verbot der kurdischen Vereine durch den Bundes-Innenminister, er wäre undenkbar ohne die öffentlich von der Bundesregierung geschürte Hysterie gegen Kurden in Deutschland. (...) Der Niedersächsische Flüchtlingsrat fordert

- die Aufhebung des in Europa einmaligen PKK-Verbots in Deutschlands,
- einen vollständigen und dauerhaften Abschiebestop für Kurden aus der gesamten Türkei. (...)“

Angelika Beer, Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, Rede auf der Kundgebung:

„(...) Der Krieg der Türkei gegen den kurdischen Widerstand wäre längst beendet, und die Türkei hätte Waffenstillstandsangebote annehmen müssen, wenn nicht die materielle und finanzielle Unterstützung vor allem aus Deutschland kommen würde. (...) Un-

sere Reaktion auf den gezielten Todesschuß gegen einen Kurden, der Plakate gegen den Völkermord kleben wollte, ist die Forderung nach sofortiger Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Türkei und PKK. Solange diese Forderungen nicht umgesetzt sind, werden wir uns weiter für die Verhinderung von Abschiebungen oder Auslieferungen in die Türkei einsetzen.“

Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) auf der Trauerkundgebung für Halim Dener:

„Ich teile Angst und Sorge, aber auch Zweifel, was den Tathergang angeht, und die Umstände, die zu dem erschütternden Vorfall führten. Wir müssen alles tun, damit sich so etwas nicht wiederholen kann. (...) Wenn ich heute zu Ihnen spreche, dann nicht nur als Oberbürgermeister unserer Stadt, sondern zugleich auch als Mitglied des Vorstandes des internationalen Vereins für

Menschenrechte in Kurdistan. Ich überbringe Ihnen die Grüße vom Landesparteitag der SPD, der gerade tagt. ... geht der dringende Appell an die Bundesregierung, an andere Regierungen in Europa und der Welt, endlich die militärische Hilfe für die Türkei zu stoppen, damit die Waffen und Geräte nicht zum Krieg zur Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung mißbraucht werden können.“ Er forderte abweichend vom Redekonzept eine Internationale Kurdenkonferenz. „(...) Mit dem Verbot von Organisationen kann man nicht die Wege und Ziele auslöschen. Ich wende mich noch einmal gegen militante Aktionen, sage aber auch, daß das PKK-Verbot kontraproduktiv war und ist.“

Der Anwalt der Angehörigen, die „Kritischen Polizisten“

Der Anwalt der Familie des Erschossenen, RA Schultz, Bremen:

„Hat die doch dem Innenministerium unterstellte Polizeiführung schon wenige Stunden nach der Tat die Version verbreitet, es habe sich um ein Versehen gehandelt. (...) Hierzu ist festzustellen:

1. Offensichtlich wird versucht, nach der bewährten Methode „Im Zweifel für den Todesschützen — Polizeikritik unerwünscht“ vorzugehen. Dabei scheut man sich nicht einmal zu behaupten, es sei normal, daß Polizeibeamte des Spezialeinsatzkommandos auf Streifengängen mit entschärfter Waffe unterwegs seien. (...) Das Ermittlungsverfahren wurde nur „wegen Körperverletzung mit Todesfolge“ ... eingeleitet, also nicht etwa wegen fahrlässiger Tötung, Totschlag oder gar Mordes, obwohl dies bei jedem nicht-polizeilichen Todesschützen der selbstverständlichen Praxis entspricht. (...)“

2. Die Polizeiversion steckt voller Widersprüche und ist unhaltbar: — Das „unbeabsichtigte“ Auslösen eines Schusses ist bei dem verwandten Revolver ... ausgeschlossen ...“

3. Darüber hinaus deuten eine Reihe von Umständen darauf hin, daß von Seiten der Polizei etwas vertuscht werden soll: — Die am Tatort installierte Video-Überwachungsanlage der Polizei hätte normalerweise weiteren Aufschluß über das Geschehen geben müssen. Nach Polizeiangaben soll jedoch nicht nur die Aufzeichnungsanlage seit längerem technisch defekt sein, sondern ausgerechnet zur Tatzeit auch niemand am Bildschirm das Geschehen beobachtet haben; (...)“

Winfried Holzinger, Bundessprecher der Arbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten, in einem Interview der „taz“ vom 4. Juli:

„(...) Nach seinen Angaben ist es nicht üblich, Plakatkleber mit gezogener Dienstwaffe zu verfolgen. Außerdem handele es sich bei dem Beamten um jemanden, der im besonderen Maße an der eingesetzten Schußwaffe ausgebildet war und sie deshalb auch besonders gut beherrschen mußte. War der Hahn des Revolvers nicht gespannt, so Holzinger, sei ein besonderer Kraftaufwand nötig, um einen Schuß auszulösen. Ein Herausfallen des Revolvers aus den gebräuchlichen Einsteckholstern sei bislang nicht bekannt. Beim Opfer verlaufe der Schußkanal von unten links nach oben rechts. Nach Angaben der Polizei wollte der Beamte mit der rechten Hand die Pistole zum linken Hosenbund führen. Normalerweise wäre die Waffe nach unten gerichtet, daß sei eine „eintrainierte Regel“. Den PolizeibeamtInnen, so führt Holzinger weiter aus, sei es in „Fleisch und Blut“ übergegangen, daß der Zeigefinger immer längs des Abzugs — also neben dem Abzug — liege, wenn keine Schußabgabe beabsichtigt sei.“

Zur Situation in Süd-Kurdistan

Bericht an den Vorstand der „Demokratie-Partei“ (DEP)

Vom 16. bis 24. Mai 1994 hielt sich eine Kommission, gebildet von Osman Özcelik (stellvertretender Vorsitzender), Sehmus Cagro (stellvertretender Generalsekretär), M. Zeynedin Unay (Parteivorstandsmitglied), Zübeyir Aydar (Abgeordneter für Siirt), Selim Sadak (Abgeordneter für Sirtak), Mahmut Kilinc (Abgeordneter Adiyaman), ... im irakischen Teil Kurdistan auf, um bei den Unstimmigkeiten zwischen der KDP (Demokratische Partei Kurdistan) und der PUK (Patriotische Union Kurdistan), die am 1. Mai 1994 begannen und sich stellenweise zu heftigen Gefechten mit zunehmender Tendenz entwickelt haben, zu vermitteln, zu recherchieren und mit hochrangigen Vertretern der Kriegsparteien sowie anderen Vermittlungsinstitutionen und Delegationen Gespräche zu führen.

Diese freundschaftliche Haltung der DEP stieß bei den genannten Parteien und den übrigen Vermittlungsinstitutionen und Delegationen auf große Wertschätzung.

Mit der Unterzeichnung des „Waffenstillstand“-Abkommens zwischen den Parteien am 20. Mai 1994 in der Stadt Selahaddin wurden die Gefechte zum großen Teil eingestellt. Unsere Delegation verließ mit der Einstellung der Gefechte am 24. Mai 1994 wieder das Land und reiste über die Grenzstation Hubur in die Türkei zurück.

Unsere Arbeit beschränkte sich nicht nur auf die Vermittlung zwischen der KDP und der PUK. Wir untersuchten auch die Massenflucht unserer Landsleute aus Sirtak und den umliegenden Dörfern (d. Übers.: türkisches Staatsgebiet) nach Irakisch-Kurdistan. Wir befragten sie nach den Fluchtursachen und ihren Herkunftsorten (...)

Am 24. Mai wurde mit Hilfe der KDP-Vertreter in einer Schule in Zaxo eine Versammlung mit ungefähr 200 Vertretern der Flüchtlinge durchgeführt. Diese Versammlung wurde durch Tonbandaufnahmen und Fotos dokumentarisch festgehalten (...)

Erklärungen von Sprechern der kurdischen Flüchtlinge

„Ich bin Osman, Sohn von Yusuf, aus dem Dorf Zirake (Inciler) aus der Provinz Sirtak, Bezirk Uludere. Wir Kurden haben untereinander keine Auseinandersetzungen. Wir sind jetzt hier nach Hacıbeyan gekommen. Warum sind wir geflüchtet? Wir sind vor der Gewalt der türkischen Regierung geflüchtet. Wir erlitten ständig Repression durch die Regierung. Ich kann Ihnen sagen, was in meinem Dorf passiert ist. Sie haben eine Kanone vor unserem Dorf aufgebaut. Sie haben allein aus unserem Dorf sieben, acht Menschen umgebracht. Dann kam der Kommandant der Brigade von Sirtak. Er hat mich und ungefähr 70 andere Bewohner gerufen. Er sagte: „Ihr werdet entweder Dorfschützer, oder Ihr könnt hier nicht bleiben. Wenn Ihr nicht Dorfschützer werdet, werdet Ihr schon sehen.“

Allah ist mein Zeuge, wir sind vor der Repression der türkischen Regierung geflüchtet. So ist das eben. Wir sind vor Folter und Unterdrückung geflüchtet, es blieb uns nichts anderes mehr übrig. Wir sind alle Flüchtlinge. Ein Teil unserer Leute ist in den Bergen, ein Teil ist hier. Es sind nur sehr wenige von uns dort geblieben. Wir konnten die Repression nicht mehr aushalten, deshalb sind wir geflüchtet.“ Osman Ueib, der uns das erzählte, ist ein 65 bis 70 Jahre alter Mann.

Der Dorfvorsteher von Biluh (Isikveren), Evdilaye Mihemed, zwischen 60 und 65 Jahre alt, berichtete uns: „Jeden Tag, jede Nacht haben sie unser Dorf bombardiert. Wir mußten unsere Häuser verlassen. Bei Allah, wir hatten es satt, uns immer in den Höhlen zu verstecken. Sie haben drei, vier Leute aus unserem Dorf umgebracht und drei, vier Leute verletzt. In den Nachbardörfern machten sie es genauso wie bei uns. Sie haben aus unserem Dorf einen alten Mann, einen Wallfahrer, verschleppt. Sie haben behauptet, er hätte (der Guerilla, d. Übers.) geholfen. Sie haben ihn fünf, sechs Monate eingesperrt und ihn gefoltert, mit Strom gefoltert. (...“

Ein anderer, etwa 50 bis 55 Jahre alter Bauer aus dem Dorf Biluh (Isikveren) sagte: „Wir sind Menschen mit Würde. Wir verleumden niemanden. Was hat der Staat getan? Er dementierte in der ganzen Welt. Er behauptet, wir Bauern seien bewaffnet und die PKK hätte uns vertrieben. Diese Lügen hat der Staat verbreitet. Wenn es notwendig ist, können wir einen Menschen umbringen, aber wir lügen nicht. Allah weiß, daß wir nicht lügen. Sie haben unsere Dörfer vermint. Sie haben unsere Felder vermint. Unsere Kinder meinten, die Minen seien Eisenstücke, und nahmen sie in die Hand. Die Minen explodierten in ihren Händen, die Splitter flogen ih-



nen in die Augen. Ich schwöre bei meinem Gewissen, sie haben unser Dorf umzingelt. Sie schütteten unser Mehl, unseren Zucker und unser Öl auf den Boden und vermischten alles. Der Kommandant drohte, daß er jeden, der eine Tüte Mehl oder Zucker aus der Stadt holt, erschießen werde. Ich bin ein alter Mann, ich kann vielleicht Gras essen und so überleben. Aber was ist mit den Kindern? Bei Allah, wenn Sie mir nicht glauben, können Sie mit zu meinem Dorf kommen und sich selbst davon überzeugen. Erst vor ein paar Tagen sind sie wieder in mein Haus gekommen, haben die Weizengrütze, den Reis und das Mehl auf die Erde geschüttet und alles vermischt. Dann schütteten sie Benzin darüber und zündeten es an. Ich bin zum Staat gegangen, sie haben mich gefragt: „Machst Du Dorfschützer?“ Ich habe gesagt: „Allah möge das verhüten“. Sie haben mich einen Tag lang verprügelt, dann haben sie mich gehen lassen. (...) Wir wollen zurückkehren, aber wir wollen nicht wieder die gleiche Unterdrückung und Gewalt mitmachen. Ich habe es mit meinen eigenen Augen gesehen, sie brachten die Männer auf die Wache und gingen dann zu ihren Frauen. Wie lange sollten wir diese Unverschämtheit und Würdelosigkeit denn ertragen?“

Hier unsere Feststellungen:

1. Ungefähr 10000 unserer Landsleute, viele davon Frauen, Kinder und alte Menschen, sind wegen der Repression in der Region in das gebirgige Gebiet in Irakisch-Kurdistan in der Nähe der türkischen Grenze geflüchtet. Die Menschen, mit denen wir dort gesprochen haben, kamen aus den Dörfern des Bezirks Uludere in der Provinz Sirtak (Uludere-Zentrum, Repin (Yesilova), Kolik (Küllük), Zirawke (Inciler), Biluh (Isikveren), Hilal, Nerwe (Tasdelen), Siris (Sapanca), Robazik (Ortasu), Zewyan (Tarkabasi), Alos (Kayadibi), Kinar (Ortabag), Kolge (Bagli), Deleka (Kalemlı), Mijin (Akduman), Pilika (Ballıkaya), Derahine (Uzungecit), Ewel, Rewenga) sowie aus den Dörfern Bilka und Mehra (Küçükçayır) in Silopi und Gundike Mele (Balveren) in Sirtak-Zentrum.

Wir vermuten, daß auch aus anderen Orten als diesen von uns festgestellten Flüchtlinge hier sind.

2. Ab dem 1. Mai 1994 begann die Massenflucht, die immer noch andauert. Vorher sind bereits vereinzelt Menschen in kleineren Gruppen geflüchtet.

3. Eine genaue Feststellung der Zahl der Flüchtlinge war nicht möglich, weil ein Teil von ihnen in verschiedene Bergdörfer und Städte gegangen ist und weil die Flucht auch noch andauert.

4. Ein Großteil der Flüchtlinge befindet sich in der Region Zaxo. Ein Teil der Flüchtlinge im Stadtzentrum von Zaxo lebt bei Verwandten, ein Teil von ihnen hat Wohnungen angemietet. Ein großer Teil der Flüchtlinge befindet sich in Zaxo-Zentrum, Derkar Nahiyesi, Qesrok-Alm und in umliegenden Dörfern sowie Höhlen, Tilkeber, Hizawa und Bireh.

5. Die Flüchtlinge in den Stadtzentren und Zentren der Dörfer haben keine Unterkunftsprobleme, jedoch sind die großen Massen von Flüchtlingen auf dem Land neben Unterkunfts-, Nahrungs- und Gesundheitsproblemen großen Ausmaßes auch der Bedrohung durch Luftbombardements ausgesetzt.

6. Nur sehr wenige Flüchtlinge befinden sich in weiter innen gelegenen Gebieten wie Dohuk.

7. Außer unserer Delegation hat keine offizielle Stelle, Institution oder politische Partei aus der Türkei die Flüchtlinge besucht und nur die kleinste Initiative zur Lösung ihrer Probleme unternommen.

8. Beim Überqueren der Grenze gab es Opfer an Menschenleben und Verluste der Habe. Obwohl die Grenze eine Sicherheitszone ist, gelang es über 10000 Menschen, die Grenze zu überschreiten, was zeigt, daß der Staat den Grenzüber-

tritt nicht verhindern wollte. Das ist beunruhigend und sollte zu denken geben.

9. Das Volk von Irakisch-Kurdistan übt Solidarität mit den Flüchtlingen. Es wurden Solidaritätskomitees für die Flüchtlinge gegründet, in denen sich die Vorstände verschiedener Vereine, Menschenrechtsaktivisten und Intellektuelle engagieren. Wegen der Gefechte im Land wurden die Verbindungen jedoch unterbrochen. Darüber hinaus sind die ökonomischen Unterstützungsmöglichkeiten auch ziemlich beschränkt, weil das Volk selbst sehr arm ist.

10. Die Regierung des kurdischen Föderalstaates stellt aufgrund ihrer ökonomisch-politischen Bedenken und der Befürchtung negativer Auswirkungen auf ihre Beziehungen zur TR die humanitären Aspekte in den Vordergrund und forderte die Vereinten Nationen zu Initiativen für Hilfe und eine Lösung auf.

Die Vertreter der Vereinten Nationen vor Ort haben eine gewisse Menge an Zelten, Medikamenten und Lebensmittel bereitgestellt, die allerdings nicht ausreichen.

11. Die Vertreter des kurdischen Föderalstaates wollen die Flüchtlinge in weiter im Süden gelegenen Dörfern ansiedeln, doch die Flüchtlinge sind damit noch nicht einverstanden.

12. Die Wahl Irakisch-Kurdistan als Fluchtort durch unsere sehr armen Landsleute hat drei Gründe:

- Sie haben die Hoffnung, von dort wieder in ihre Dörfer zurückkehren zu können.
- Viele von ihnen haben Verwandte auf der anderen Seite der Grenze.
- Irakisch-Kurdistan hat ähnliche geographische und klimatische Bedingungen.

Unserer Partei und den Menschenrechtsvertretern fallen dringende wichtige Aufgaben zu, um diese menschliche Tragödie, die sich im Osten und Südosten abspielt, zu beenden und zu ermöglichen, daß die Flüchtlinge in ihre Heimatorte zurückkehren können.

Die Hauptursache für die Flucht ist der schmutzige Krieg. Bevor dieser Krieg nicht gestoppt ist und bevor es keine friedliche, demokratische Lösung für die kurdische Frage gibt, wird es sehr schwer sein, Tragödien wie diese zu verhindern.

Unsere Partei weist im Zusammenhang mit diesen jüngsten Vorfällen erneut auf die Notwendigkeit und Legitimität der Suche nach einer demokratischen Lösung hin.

Dringend zu ergreifende Maßnahmen

1. Die Flüchtlinge leben in Baumstümpfen, Höhlen oder Flußbetten. Es müssen Unterkünfte für sie geschaffen werden.

2. Sie brauchen dringend Strom, Wasser, Kanalisation: Das Ausbreiten von Seuchen muß verhindert werden.

3. Ihre Ernährungsprobleme müssen gelöst werden.

4. Ihre Bildungsprobleme müssen gelöst werden.

5. Für die Lösung ihrer Gesundheitsprobleme müssen ausreichend Ärzte und Medikamente bereitgestellt werden.

6. Es müssen Beziehungen auf internationaler Ebene hergestellt werden, die Vereinten Nationen und humanitäre Hilfsorganisationen müssen auf die Situation aufmerksam gemacht werden, damit sie Hilfskampagnen beginnen. (...)

(Aus Platzgründen gekürzt. Das vollständige Dokument ist im Kurdistan-Rundbrief Nr. 14/94 abgedruckt. Übersetzung: K.)

Woher sind die Stämme in Ruanda?

Zu Hintergründen des angeblichen „Stammeskonflikts“

Am Beispiel Ruandas wird deutlich, wie zweifelhaft der Begriff „Stamm“ ist. Die meisten Ethnien in Afrika sind erst während der Kolonialzeit in Zusammenarbeit von Kolonialbeamten, Missionaren, Wissenschaftlern und einheimischen Eliten erschaffen worden.

Im Fall Ruanda bestehen aber zwischen Hutu und Tutsi keine Unterschiede, wie sie üblicherweise zur — äußerst schwammigen — Unterscheidung von Ethnien herangezogen werden.

Die Tutsi wurden oft als Hamiten bezeichnet, die das Bantuvolk der Hutu lange vor der Kolonisierung erobert und unterworfen haben. Das ist Teil der Hamitentheorie, nach der kaukasische Einwanderer (Hamiten) den afrikanischen Kontinent von Westasien kommend bevölkert und Hochkulturen gebracht haben — von Ägypten über Ruanda bis Simbabwe. Dies entsprach den rassistischen und diffusionistischen Theorien, die im 19. Jahrhundert entstanden. Vermutlich sind tatsächlich viehzüchtende Gruppen später in das Gebiet von Ruanda und Burundi eingewandert als Ackerbau treibende Gemeinschaften.

Als Ruanda-Urundi von den Deutschen kolonisiert wurde, bestand ein Königtum, dessen Herrscher, der Mwami, sich als lehenvergebender Herr über das gesamte Land verstand. Die Bevölkerung teilte sich in als „Hutu“ bezeichnete Ackerbauern und als „Tutsi“ bezeichnete Viehzüchter. Reichtum und soziale Stellung basierten auf Viehbesitz, ein Tauschsystem ermöglichte Anhäufung bzw. Verlust von Reichtum und folglich den Aufstieg von Hutu zu Tutsi bzw. umgekehrt den Abstieg.

Der Anspruch des Mwami auf das gesamte Territorium und ein feudalähnliches System waren noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts weitgehend rein formal, da viele Gebiete nicht unterworfen waren. Erst in der Kolonialzeit wurde eine Herrschaftsbeziehung stabilisiert und die Vorherrschaft einer Tutsi-Oberschicht gesichert. Besonders die belgische Verwaltung, der Ruanda-Urundi als Völkerbund- und UNO-Mandat unterstellt war, arbeitete eng mit der Tutsi-Aristokratie und dem Königshof zusammen und bediente sich ihrer im Rahmen der indirekten Herrschaft. Die Kolonialmacht setzte die Tutsi, die von nationalsozialistischen Wissenschaftlern mit Ariern verglichen wurden, als Herrenvolk ein. Auch die Mission, der die Bildung unterstand, förderte diese Entwicklung.

Während aus der Tutsi-Oberschicht eine neue Elite herangebildet wurde, mußte die übrige Bevölkerung (darunter die Mehrheit der Tutsi) nun für die Kolonialverwaltung, die Mission und die Oberschicht arbeiten.

(Walter Ehmeir, Afrikanist in Wien, in der Zeitschrift *Südwind* Nr. 5/94)

aus: „akin — aktuelle informationen“, A-1010 Wien, Wipplingerstraße 23 (über CL-Netz, 7.6.94)

Mauretanien: Demokratie oder Bürgerkrieg? Der Konflikt zwischen Schwarzafricanern und Arabern droht zu eskalieren

Der nordwestliche Wüstenstaat Mauretanien findet in den deutschen Medien so gut wie keinerlei Beachtung. Selbst die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Frühjahr 1992 sind ohne jedes Medienecho, ohne jede Kommentierung und Hintergrundberichterstattung geblieben. Dabei markierten diese Wahlen nach Jahrzehnten der Einparteienherrschaft und der Militärdiktatur eine Zäsur ersten Ranges — Mauretanien ist dabei, sich zögernd in Richtung einer Mehrparteiendemokratie zu öffnen.

Als „namenlose Maskerade“ und „demokratisches Fassade“ hat Ahmed Ould Daddah, der zweifelloste prominente mauretanische Oppositionspolitiker von der „Union des forces démocratiques“ (UFD), in einem Interview mit der Zeitung *Jeune Afrique* (Nr. 1691, Juni 1993) die Präsidentschaftswahlen vom 24. Jan. 1992 abgekanzelt. Auch nach den Parlamentswahlen vom 6. März 1992, bei der die staatstragende „Parti républicain démocratique et social“ (PRDS) drei Viertel der Mandate errang, herrscht nach Ansicht Ould Daddah „eine Einheitspartei unter einem falschen Multipartismus“.

Das Regime von Staatspräsident Maouya Ould Taya — ein Colonel, der sich 1984 an die Macht geputscht hatte — besitzt für Ould Daddah auch nach den Wahlen „keinerlei Legitimität“. Ould Taya seinerseits hat die Opposition als machtbesessene Clique bezeichnet (*Jeune Afrique* Nr. 1672, Jan. 1993), die auf „Anarchie und Umsturz“ setzt, um mit „antidemokratischen Mitteln“ schnellstmöglich an die Pfründe politische Macht zu gelangen.

Den Wahlen von 1992 waren im November 1990 Gemeinderatswahlen und

im Juli 1991 ein Referendum über einen Verfassungsentwurf vorausgegangen, der die Einhaltung der Menschenrechte, eine freie Presse, die Gleichheit der unterschiedlichen Volksstämme sowie ein Parteiengesetz garantierte. Nach dem

„... bis heute in einer Art Sklavenstatus ...“

autokratischen Regime des ersten mauretanischen Staatspräsidenten Mokhtar Ould Daddah (1960 bis 1978), nach den Jahren der Militärherrschaft (1978 bis 1984) und dem Präsidialregime Ould Tayas (seit Dezember 1984) waren seit 1992 mindestens Ansätze zu einer Demokratisierung in Mauretanien nicht zu verkennen.

Die diplomatische Isolierung des Landes nach dem Golfkrieg (Saudi-Arabien und die Golfemirate sperrten sämtliche Zahlungen an Mauretanien, nachdem sich Ould Taya auf die Seite des Diktators Saddam Hussein geschlagen hatte), der Sturz Moussa Traoré in Mali, die internen Rassenkonflikte nach den in gegenseitigen Massakern gipfelnden mauretanisch-senegalesischen Grenzstreitigkeiten (namentlich die „Forces de libération des Africaines de Mauritanie“ — FLAM — bezichtigen die Regierung, sie betreibt eine skandalöse Apartheidspolitik gegen die Schwarzen Mauretanien) — dies alles hat zum Prozeß einer demokratischen Öffnung zweifellos beigetragen.

Die politische Opposition in Mauretanien ist alles andere als ein homogenes ideologisches Lager — sie zerfällt vielmehr in durchaus rivalisierende Fraktionen, und selbst der Beschluß der UFD, die Wahlen von März 1992 zu boy-

kottieren, war in den eigenen Reihen keineswegs unumstritten. Es gab etliche prominente Dissidenten. Eines der Gründungsmitglieder der UFD, Mohammed Ould Babbah, hat die Partei verlassen und sich der Oppositionsgruppe um den früheren Außenminister Hamdi Ould Moukness angeschlossen. Die Opposition selbst zergliedert sich in mehrere Lager.

Neben den mauretanischen Integristen gehören dazu auch die El-Hor-Bewegung um den ehemaligen Landwirtschaftsminister Messaoud Ould Boulkheir. „El Hor“ ist die Interessenvertretung jener schwarzen Harratin, die bis heute in einer Art Sklavenstatus in der Abhängigkeit von maurischen Großgrundbesitzern leben.

Die unterschiedlichen politischen Interessen lassen sich zum Teil auch aus der schwierigen ökologischen und ökonomischen Lage Mauretanien erklären.

„... von maurischen Großgrundbesitzern“

Ohne nennenswerte Ressourcen ist das Land vollkommen von internationaler Finanzhilfe abhängig. Fortschreitende Verwüstung bedroht zunehmend die Grundlagen der Landwirtschaft und des Nomadentums.

Die Oasenstädte im Landesinnern (etwa Chinguetti und Oudana) sind heute zu gespenstischen Geisterstädten verkommen, und selbst an den Rändern der „Bidonvilles“ in der Hauptstadt Nouakchott frißt der Sand.

Wasserstellen versiegen, Oasen versanden, ganze Herden verdursten — immer mehr Nomaden sind in den letzten Jahren, ihrer Existenzgrundlagen beraubt, in den Slums von Nouakchott gelandet.

Seit der Unabhängigkeit 1960 ist das Nomadentum der Kamelzüchter ständig zurückgegangen.

Landwirtschaft von ökonomischem Belang ist, vom Feldbau in den Oasen einmal abgesehen, nur im Schwemmlandgürtel des Senegal-Flusses möglich. Durch die Staudammprojekte in Manantali (Mali) und Diama (Senegal) sind die Parzellen am Ufer inzwischen ganzjährig zu bewässern — und damit begehrte Spekulationsobjekte geworden.

Die Unruhen, die 1989 fast in einen Grenzkrieg zwischen Mauretanien und Senegal gegipfelt hätten, sind auch vor dem Hintergrund einer rücksichtslosen Enteignungspolitik zu sehen, mit der die Machteliten der arabisch-berberischen „maures blanc“ die schwarzafrikanischen Ackerbauern auf beiden Seiten des Senegal-Flusses von ihren angestammten Ländereien vertrieben haben.

So spiegelt dieser Konflikt die ethnischen Spannungen, die Mauretanien durchziehen und die in seine koloniale Geschichte verweisen, als das Land von den Franzosen als eine Art Scharnier zwischen ihren „Besitzungen“ im arabischen Maghreb und in Schwarzafrika installiert wurde.

Ould Taya, der wie die früheren Machthaber in Mauretanien stets den arabisch-maurischen Charakter des Landes betont hat, scheint sich mit seinen jüngsten Einlassungen jetzt erstmals eine Art schwarzafrikanische Option offenhalten zu wollen.

— (hab/hav)



Berlusconis Programm

Rechtsregierung steckt die ersten Fahnen ab

Die politische Opposition, vor allem die Linksdemokratische Partei (PDS), wollte bei der Europawahl „Revanche“ nehmen für den Wahlsieg der Rechten im März. Daraus wurde nichts, die rechte Koalition und darin vor allem die Berlusconi-Partei Forza Italia konnte nochmals stark zulegen. Die Züge von Ermächtigung, die schon das März-Ergebnis trug (etwa: laßt mich nur wie in meinen Unternehmen machen, und ich bringe das Land schon in Ordnung), erschienen mit dem Europawahlergebnis noch verstärkt. Einzelne gegenläufige Aspekte bei gleichzeitigen Kommunal- und Regionalwahlen konnten diese Richtung nicht ändern. Die Kapitalistenklasse hat ein Stück weit die politische Geschäftsführung personell in die eigene Hand genommen und einem großen Teil ihres früheren politischen Personals den Laufpaß gegeben. Sie verbindet damit Hoffnungen, ihre Interessen direkter und mit weniger Aufwand an politischer Vermittlung durchzusetzen. Berlusconis Regierungserklärung Mitte Mai hat gezeigt, was dabei herauspringen soll und auf welche Weise man zum Ziel kommen will.

Das Motto, das die Regierungsvorhaben als roter Faden durchzieht, heißt: „Einführung der Konkurrenz auf jedem Feld des Wirtschaftslebens und der Verwaltung“. (1) Am stärksten entwickelt sind die Pläne bisher beim Stichwort Arbeitsmarkt: Hier wird eine „höchste Flexibilität bei den Arbeitsverträgen“ angestrebt, untarifliche Einstiegs-löhne für Jugendliche und Arbeitslose mit mehr als einem Jahr ohne Beschäftigung, Einführung von Leiharbeit, sogenannte „Ausbildungsarbeitsverträge“ zu minderen Bedingungen, erleichtertes Abschließen und vor allem Auflösen von Arbeitsverhältnissen, mehr befristete und Teilzeitarbeit. Hier will die Regierung mit einem „Programm der hundert Tage“ schon bis Ende August handfeste Ergebnisse sehen.

Weniger konkret, wenn auch nicht weniger einschneidend sind die Deregulierungspläne auf anderen Gebieten. In der Wirtschaftspolitik soll beschleunigt privatisiert und den Unternehmen sollen die steuerlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Die Probleme des Südens existierten in Berlusconis Programmrede nicht. Bei den Renten soll die öffentliche Vorsorge zurückgeschraubt und die private verstärkt werden. Das Gesundheitswesen soll nach Wettbewerbsgesichtspunkten umgestaltet werden. Im Schulwesen sollen die privaten Schulen auf Kosten der öffentlichen gefördert werden.

Auf verfassungsrechtlichem Gebiet will die Berlusconi-Regierung das für sie so förderliche Mehrheitswahlrecht weiter ausbauen und die Stellung der staatlichen Exekutive verstärken. In der Außenpolitik, die angesichts des faschistischen Koalitionspartners für die internationale Handlungsfähigkeit der Regierung wichtig ist, wird die Einbindung in EG und Nato betont, ohne die Positionen im einzelnen (z.B. die Haltung zur deutsch-französischen Achse) darzulegen.

Faschisten: Provokationen und windige Rückzieher

Die faschistische Partei Alleanza nazionale hat schon mehrfach vorgeführt, wie sie ihre Regierungsbeteiligung erfolgreich ausschaltet und dennoch im

Spiel bleibt. Das Muster geht so: Sie wirft eine Provokation in die politische Debatte, testet die Reaktion, macht je nach Lage der Dinge einen durchsichtigen halben Rückzieher und hat das Thema doch weiter in der Diskussion.

Nach diesem Strickmuster verfuhr der Parteichef Fini, als er Mussolini den größten italienischen Staatsmann des Jahrhunderts nannte. Auf die Reaktionen im Land und international erklärte er, er habe den Mussolini der Jahre bis 1938 gemeint, der viel Gutes zustande gebracht habe und erst durch das Bündnis mit Hitlerdeutschland auf die falsche Bahn geraten sei. Ein „Dementi“, das in der Sache noch draufsattelte.

Ähnlich wurde mit einem Gesetzesvorstoß verfahren, der just zu dem Zeitpunkt an die Nachrichtenagenturen gegeben wurde, als Berlusconi vor dem Senat seine Regierungsrede hielt und der ganzen Welt versicherte, daß der Faschismus mit dem Zweiten Weltkrieg definitiv besiegt worden sei. Die Meldung hieß, daß die faschistischen Minister, Unterstaatssekretäre und Abgeordneten per Gesetz die Übergangsbestimmungen 12 und 13 der Verfassung beseitigen wollen. Die Übergangsbestimmung 12 lautet: „Die Reorganisation der aufgelösten Faschistischen Partei ist in jeglicher Form verboten. (...)“ Und die Bestimmung 13: „Die Mitglieder und Nachkommen des Hauses Savoyen haben kein Wahlrecht und dürfen keine öffentlichen Ämter und Wahlämter bekleiden. Den ehemaligen Königen des Hauses Savoyen, ihren Gemahlinnen und ihren männlichen Nachkommen sind das Betreten des Staatsgebietes und der Aufenthalt in ihm verboten. (...)“

Beide Bestimmungen, das (jedenfalls offizielle) Reorganisationsverbot der faschistischen Partei und die Unterbindung der Monarchie, die den Faschismus gestützt hatte, gelten als wesentliche antifaschistische Bestimmungen der Verfassung. Die faschistische Partei MSI, der sich 1972 die Monarchistische Partei (PDIUM) angeschlossen hatte, hat deshalb in früheren Legislaturperioden immer wieder erfolglose Vorstöße unternommen — jetzt operiert sie als Regierungspartei.

Nachdem die Meldung überall angekommen war und gewirkt hatte, stellte Fini fest: So sei das nicht gemeint gewesen. Eine überflüssige Sekretärin habe einen früheren Text aufgemöbelt und mit den aktualisierten Unterschriften an die Medien gegeben. Ein so windiges Dementi, daß auch wirklich jeder merken sollte, daß es in der Sache keines war. Und schon hatte auch der im französischen Exil lebende Thronfolger Viktor Emanuel seinen öffentlichen Auftritt: „Ich bin sehr zufrieden. Die Erklärung des Abgeordneten Fini läßt mich hoffen, daß mein Problem zügig vom neuen Parlament geprüft wird, um so mehr, weil sich in diesem Sinn ein Exponent der Regierungsmehrheit ausgesprochen hat.“ Auf die Frage der Zeitung, ob er bei einer evt. Erlaubnis der Rückkehr zu einem Verzicht auf den Thron bereit sei, erklärte er: Ganz im Gegenteil, er wolle die „glorreichen Traditionen“ seiner Familie fortführen. (1)

So weitet man planmäßig den propagandistischen Boden für den Faschismus und seine Unterstützer aus. Eine andere Meldung desselben Tages sollte aber auch nicht übersehen werden: Ein Gericht in Bologna verurteilte abschließend neun Angeklagte für den Bomben-



Für eine weltliche Schule in einem weltlichen Staat — Kundgebung von Schülern vor dem italienischen Parlament im April. Zu einer Großkundgebung gegen die Schulpolitik der Berlusconi-Regierung — Förderung der Privatschulen auf Kosten von öffentlichen Schulen — am 29. Mai in Rom kamen 100 000.

anschlag auf den Bahnhof von Bologna im August 1980, darunter drei zu lebenslänglich sowie Licio Gelli von der Geheimloge Propaganda 2 zu zehn Jahren. Das Gericht stellte ausdrücklich die faschistische Urheberchaft des Attentats und das Zusammenspiel mit Geheimdienst- und Geheimlogenkreisen fest und kassierte damit skandalöse Entscheidungen einer früheren Berufungsinstanz. Diese seinerzeitigen Entscheidungen hatten dem Staatspräsidenten Cossiga und dem Ministerpräsidenten Andreotti, beide Christdemokraten, als Aufhänger gedient, sich bei der faschistischen Partei zu „entschuldigen“, daß Bologna immer „faschistischen Terror“ für das Attentat verantwortlich gemacht hat.

Unterstützung und Widerstand gegen Berlusconi

Berlusconis Regierungsrede war für den Unternehmerverband Confindustria der Anlaß, sich offiziell an die Seite der Rechtsregierung zu stellen. Zuvor hatte man diese eindeutige Festlegung gemieden und beobachtet, ob sich nicht die aus der Christdemokratie hervorgegangene Volkspartei konsolidieren würde. Daran wird jetzt kein Gedanke mehr verschwendet. Confindustria sieht in der Rechtsregierung ein „Verlangen nach Regierungsfähigkeit“ und im Regierungsprogramm „einen wichtigen Schritt zu Perspektiven immer größerer Realisierung von Marktwirtschaft“. Besonders begrüßt wird „die Reduzierung des Gewichts des Staats bei der Leitung der Wirtschaft, die Stärkung der Politik der Sanierung der öffentlichen Finanzen, die Bestätigung der Methode der Konzertierung mit den sozialen Parteien bei der Einkommenspolitik, die Verringerung der exzessiven bürokratischen Fesseln, die die Unternehmen hemmen, die Beschleunigung der Privatisierungen“. (1) Zustimmung kam auch vom Verband kleinerer und mittlerer Unternehmer, vom Einzelhandels- und Handwerksverband.

Zur sozialen Rückendeckung für die Rechtsregierung kommt die ideologische durch die katholische Kirche. Als Berlusconi zu seiner Regierungsrede in den Senat ging (wo ihm die Mehrheit noch nicht sicher war), hatte er die Rede des Kardinals Ruini in der Tasche, mit der dieser die „Zusammenarbeit“ als Linie des Vatikans gegenüber der Rechtskoalition ausgab. Darin hieß es: „Unser Ziel kann nicht sein, diejenigen

fernzuhalten, die nicht in allem mit unseren Überzeugungen übereinstimmen, sondern muß vielmehr zu einer größeren Übereinstimmung anspornen“. Die Teilhabe von Faschisten an der Regierung ist für den Vatikan kein Thema. Hinweise auf die Christdemokratie/Volkspartei als politischer Bezugspunkt der katholischen Kirche übrigens auch nicht mehr.

Die soziale und politische Opposition muß sich auf die neue Lage erst einstellen. Die Gewerkschaftsverbände äußerten sich zum Regierungsprogramm in den ersten Stellungnahmen verhalten ablehnend: „enttäuschend“ (CGIL), „mager und allgemein“ (CISL), „unklar“ (UIL). CISL und UIL hatten in der Vergangenheit immer „ihren“ politischen Bezugspunkt, Christdemokraten bzw. Sozialisten, in der Regierung. Auf eine Regierung, die keinerlei Rücksichten auf irgendeine Art Gewerkschaft nehmen will und muß, sind die Gewerkschaften deshalb nicht eingestellt. Ein Konzept, wie sie auf die Deregulierungsoffensive an allen Fronten antworten wollen, haben sie bisher nicht.

Von den politischen Kräften in der Opposition haben sich bei der Europawahl nur Rifondazione comunista (6,1 %) und die Grünen (3,2 %) behauptet bzw. leicht verbessert. Die anderen, insbesondere die Linksdemokraten (PDS), haben weiter verloren (19,1 %). Deren Parteichef Occhetto ist zurückgetreten, was auch ein handfestes strategisches Problem ausdrückt: Occhetto stand für die Umwandlung der Kommunistischen Partei im Jahr 1991 in eine Reformpartei auf dem Boden der Marktwirtschaft, die endlich als Gegenpart eines konservativ-bürgerlichen Lagers den Weg an die Regierungsmacht bahnen sollte. Dieser Anlauf ist gescheitert, und damit sind für diese Partei viele Fragen offen.

Für Rifondazione comunista hat deren Sekretär Fausto Bertinotti bei der Aussprache über das Regierungsprogramm in der Abgeordnetenversammlung sozialen und politischen Widerstand angekündigt. Er war sich dabei bewußt, daß dieser Widerstand immer stärker differenzierte Lebenslagen berücksichtigen muß: „Wir werden es machen (die verschiedenen Forderungen formulieren, rok), indem wir von den Bedürfnissen der Arbeitslosen und derer in prekären Beschäftigungen ausgehen und eine Verknüpfung mit den Interessen der abhängigen Arbeit versuchen.“ (2) Quellen: (1) la Repubblica, 17.5.94; (2) Liberazione, 27.5.94 — (rok)

BASF-Vorstand zieht Sparpaket zurück

**Größte Aktionen
seit BASF-Bildung**

Einen Tag vor dem fraglichen Kündigungstermin, am 29. Juni 1994, traten Vertreter des BASF-Vorstands, des Betriebsrats und der örtlichen IG Chemie vor die Presse und verkündeten die Rücknahme des Sparpakets (siehe *Kritik und Widerstand* Nr. 12). Um den Frieden im Betrieb wiederherzustellen, werde nun „gemeinsam ein Weg zur nachhaltigen Sicherung des Standortes Ludwigshafen und der Arbeitsplätze“ erarbeitet. „Eine Kündigung der Betriebsvereinbarungen und Regelungsabreden zum 30. Juni 1994 erfolgt deshalb nicht.“

Zur selben Zeit kündigte das Management der beiden anderen IG-Farben-Nachfolger die Betriebsvereinbarungen zur Regelung von übertariflichen Entgeltbestandteilen. Bis zu 30 Prozent des Einkommens sind damit bei Bayer nicht mehr gesichert, so ein Betriebsratsmitglied (*gp-magazin* 7/8-1994). Der Hoechst-Vorstand hat mit seinen Sparmaßnahmen vor allem die unteren Entgeltgruppen im Visier.

Mit seiner Entscheidung wich der BASF-Vorstand einem unerwartet starken und breiten Druck der Belegschaft. Nach der ersten Protest/Informationsversammlung mit etwa 10000 Personen wurden rasch über 25000 Unterschriften gegen den „sozialen Kahlschlag“ gesammelt. Selbst Unterschriften von Abteilungsleitern fanden sich auf der Liste. Betriebsleiter waren ungehalten, da so die Mannschaft nur noch schwer zu motivieren war, zumal das Geschäft eben wieder anzog und wegen Personalmangels bereits da und dort Lieferengpässe auftraten.

Der Vorstand war mit seinem Sparpaket zur Unzeit angetreten. „Mit der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage läßt sich diese Radikaldiät kaum begründen. Nach den Jahren des Ertragsrückgangs zeigt der Geschäftsverlauf 1993/94 erstmalig wieder steigende Ertragszahlen.“ (Betriebsratsflugblatt) Von wirtschaftlichen Notwendigkeiten wollten sich die ansonsten so einsichtigen „Aniliner“ und ihre Vertreter daher nicht mehr überzeugen lassen. Am 10. Juni mußte Vorstandsvorsitzender Strube vor der brodelnden Vertrauensleutevollversammlung immer wieder hören, daß die Opferbereitschaft ein

Ende habe. 5 vor 12 Uhr versammelten sich vor dem Gebäude 15000 BASF-Beschäftigte. Der Vorstand kam nicht mehr zu Wort. Er wurde ausgepiffen. Diese ganz neue Erfahrung brachte z.B. Arbeitsdirektor Kley sichtlich aus dem Gleichgewicht.

Betriebsratsvorsitzende Obenauer erklärte, die Belegschaft sei nun genug geschröpft worden. Seit 1992 seien kontinuierlich die Sozialleistungen des Staates zugunsten der Unternehmen abgebaut worden. Angeblich um Arbeitsplätze zu schaffen. Betrachte man hingegen die Standorte Ettenheim der BASF Magnetics, die Produktionsstätten innerhalb der Düngemittelproduk-

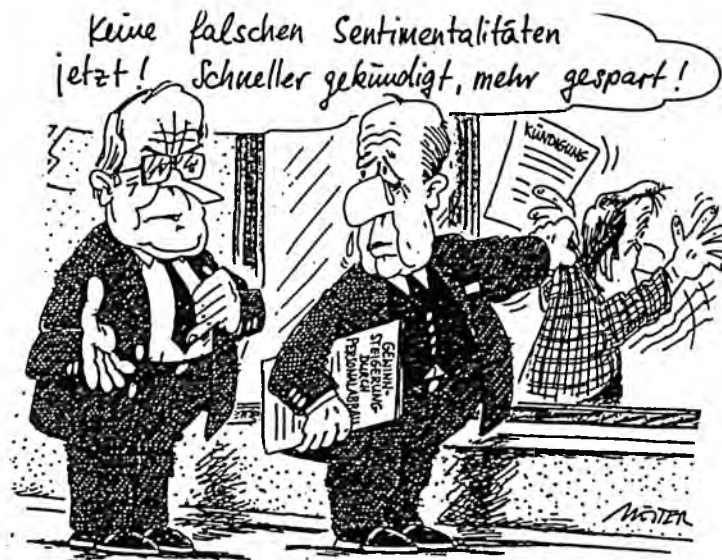
Juni wandte sich der Betriebsrat erneut an die Belegschaft. Er verlangte von der Geschäftsleitung die „Offenlegung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ und werde Großversammlungen über die Ergebnisse dieser Informationsgespräche abhalten. Er rief dazu auf, „durch Teilnahme an Aktionen und Veranstaltungen die Verhandlungsposition des Betriebsrats im eigenen Interesse zu stärken“.

Konfrontiert mit einer nie dagewesenen Situation, bat Arbeitsdirektor Kley die Arbeitnehmer bzw. IG-Chemie-Vertreter im Aufsichtsrat um ein Gespräch. Das Ergebnis umschrieb die Lokalpresse mit „BASF wieder auf

stand wie ergänzende Vorschläge des Betriebsrates zur Effizienzsteigerung und Arbeitsplatzsicherung“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Beide Seiten beeilten sich zu versichern, daß man sich in der Mitte getroffen habe, daß es weder Sieger noch Besiegte gebe.

Der endgültige Ausgang der Auseinandersetzung ist also noch offen. Der BASF-Vorstand hat von seinem Vorhaben nicht abgelassen. Er unternimmt einen neuen – besser ausgeklügelten – Anlauf, wird sich vielleicht mal bei seinen Kollegen bei Hoechst und Bayer umhören, die seit Jahren sukzessive den Sozialabbau betreiben und sich immer nur einzelne Belegschaftsgruppen vornehmen. Allerdings haben die BASF-Beschäftigten durch ihren Widerstand auch den Verhandlungsspielraum des Betriebsrats begrenzt. Weitgehende Kompromisse sind schwerer möglich.

In einem Flugblatt informierte der Betriebsrat am 6.7.94 über seine zwei Grundsätze, von denen er sich in den kommenden Verhandlungen leiten lassen wolle. Zum einen sollen die Markt- und Produktstrategie und die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu zählt er u.a. zukunftsorientierte Forschungsvorhaben und Mittelbereitstellung, Kosten- und Ertragstransparenz, Zukunftssicherung der Servicebereiche, Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle Arbeitnehmergruppen und auch – die Politik wird in die Pflicht genommen – eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. „Zum anderen muß der menschliche Einsatz so gestaltet werden, daß wirklich alle Kräfte sich auf die gesunde Weiterentwicklung unserer Anilin konzentrieren können. Dazu gehört:“ Effizienzüberprüfung der Führungsstrukturen, mehr Verantwortung an die Mitarbeiter delegieren, Informationsflußverbesserung, besseres Betriebsklima, Neuordnung des betrieblichen Aufbaus etc. Mit vielen Punkten ist er auf einer Linie mit all jenen innerhalb des Managements, die auf TQM setzen, sprich „Total Quality Management“. Leicht möglich, daß am Ende jene Leistungsverdichtung („Effizienzsteigerung“) und Kostensenkung rauskommt, die der Vorstand anstrebte, nur auf anderem Wege und mit einem moderateren Sozialabbau. — (ede)



tion in Nordenham, das Werk Ludwigshafen oder andere Tochterunternehmen, so werde sehr schnell klar: „Es wurden in dieser Zeit mehr Arbeitsplätze vernichtet als geschaffen. Gleichzeitig haben die Arbeitnehmer erhebliche Reallohnverluste hinnehmen müssen. Dagegen hat die BASF trotz Rezession und trotz Preisverfall ihr Sach- und Finanzanlagevermögen seit 1982 um 238 Prozent vermehrt.“ (*Chemie-Kurier* 6/94)

Die Vertrauensleute forderten den Betriebsrat auf, keine Verhandlungen zur Verschlechterung bestehender Betriebsvereinbarungen aufzunehmen. In einem Flugblatt nach der Aktion am 10.

Schmusekurs“. Laut Kley war man zur „guten alten Tradition der BASF“ zurückgekehrt, wonach „einerseits nach Lösungen gesucht“ wird, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, nämlich den Standort Ludwigshafen zu sichern. Und da fängt die Krux an. „Beide Seiten gehen davon aus, daß der sich verschärfende Wettbewerb im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze Anpassungen in den Kostenstrukturen notwendig macht. Die geplanten Gespräche sollen einen gemeinsamen Weg zu diesem Ziel ermöglichen. (...) In den Gesprächen und Verhandlungen sind Vorschläge der Unternehmensleitung zur Kostensenkung genauso Gegen-



Frankfurt. Rund 12000 Angehörige der alevitischen Glaubensrichtung protestierten anlässlich des Jahrestages der Brandanschläge in Sivas auf Dichter, Künstler und Schriftsteller gegen das türkische Regime in Frankfurt. — (jöd)

Aussperrung beim Kölner Stadt-Anzeiger

Köln. In der Nacht vom 27. auf den 28. Juni hat der Verlag M. DuMont Schauberg (MDS) rund 120 Beschäftigte ausgesperrt. Um 18 Uhr hatten etwa 120 Beschäftigte in der technischen Fertigung von *Stadt-Anzeiger* und *Express* einen Warnstreik begonnen, der bis etwa 22 Uhr dauern sollte. Als die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen wollten, verweigerte die Betriebsleitung die Arbeitsaufnahme und schickte die Streikenden nach Hause. Die IG Medien geht davon aus, daß es sich um eine rechtswidrige Aussperrung handelt, der Verlag behauptet, er habe halt nur die Arbeit so umorganisiert, daß Notausgaben erscheinen konnten. — (uld)

ai rügt Haftbedingungen von Birgit Hogefeld

Hamburg. Mehr als ein Jahr nach ihrer Festnahme am 27. 6. 1993 in Bad Kleinen wird unsere Mandantin Birgit Hogefeld noch immer in strenger Einzelhaft gehalten. Bis auf eine Stunde Hofgang ist sie 23 Stunden täglich in ihrer Zelle eingesperrt, und (ihr) wird jeglicher Kon-

takt zu anderen Gefangenen unterbunden. Amnesty International hat in seinem Jahresbericht für das Jahr 1993 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Form der Isolationshaft von Birgit Hogefeld „schwere physische und psychische Schäden hervorrufen und eine Form grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung darstellen“ kann. Gleichwohl hat das jetzt zuständige Oberlandesgericht Frankfurt jegliche Veränderung der Haftbedingungen abgelehnt — diese zum Teil sogar noch verschärft.

Wir fordern daher nochmals die sofortige Aufhebung der Isolationshaft unserer Mandantin Birgit Hogefeld. Erklärung von Ursula Seifert, Rechtsanwältin; Berthold Fresenius, Rechtsanwalt. Frankfurt a. M., den 7. Juli 1994

Ruhrkohle AG kauft Zechen im Ausland

Gelsenkirchen. Im März kam ein Hammer heraus: Die Ruhrkohle AG will sich Zechen im Ausland kaufen, während bei uns die nächsten Stilllegungen beschlossen sind! Die Förderung an der Ruhr wird weiter eingeschränkt, die Belegschaften auf den Zechen werden massiv

Stadtratspolitik in München

Protest gegen CSU und Republikaner

Bei den Stadtratswahlen hat das Rathausbündnis von SPD und Grünen die Mehrheit verloren und ist jetzt angewiesen auf Stimmen der DaGG und der ÖDP.

Inzwischen haben auch die Bürgermeisterwahlen stattgefunden und Gertraud Burkert (SPD) und Sabine Csampai (Grüne) wurden mit jeweils 40 Stimmen gewählt. Damit erhielten sie eine Stimme weniger, als rechnerisch das sogenannte Regenbogenbündnis von SPD, Grünen, ÖDP und DaGG ausmacht. Äußerungen aus der SPD weisen darauf hin, daß die SPD nun „viel stärker als bisher auf CSU und FDP zugehen“ wird, insbesondere in Wirtschafts- und Finanzfragen sowie in der Verkehrs- und Wohnungspolitik. Die CSU ihrerseits gab bekannt, daß im Prinzip die Auseinandersetzung um die Wahlentscheidung 1996 — hier finden wieder die regulären Kommunalwahlen statt — beginne.

Den ersten Ärger gab es nun schon bei den Wahlen der Koreferenten. Diese haben laut Geschäftsordnung eine Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung und haben die Aufgabe, den berufsmäßigen Stadtratsmitgliedern und Dienststellenleitern beratend und unterstützend zur Seite zu stehen. Als Koreferent beim Kreisverwaltungsreferat, also dem Münchner Ordnungsamt, wurde jetzt ein Republikaner mit Stimmen aus dem Regenbogenbündnis gewählt. Bisher waren die Republikaner in dieser Funktion in einem weniger sensiblen Bereich, dem U-Bahn-Referat, zuständig. Jetzt kann sich ein Republikaner „mit allen bedeutsamen Angelegenheiten“ in diesem Wirkungsbereich vertraut machen und sich „laufend unterrichten“ lassen. Das Münchner Bündnis gegen Rassismus hat gegen diese Politik scharf protestiert.

Ebenfalls werden Verlautbarungen der CSU von über dreißig Münchner Ausländerinitiativen, Jugend- und Dritte-Welt-Vereinen kritisiert, die Stellen der Ausländerbeauftragten, des Ombudsmannes und des Flüchtlingsamts beseitigen zu wollen. In einem Offe-

nen Brief an alle Mitglieder des Stadtrates weisen sie auf die Erfolge dieser Einrichtungen bei der Interessenvertretung von Einwanderern und Flüchtlingen hin. Sie hätten nach ihrer Einrichtung in den letzten Jahren einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Aufwertung von Minderheiten geleistet.

In dem Brief heißt es: „Am 12. Juni 1994 fanden die Kommunalwahlen statt; das Ergebnis ist bekannt. Sie sind in den Münchner Stadtrat gewählt worden. Das Votum von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern haben Sie jedoch nicht erhalten. Personen ohne deutschen Paß sind nicht wahlberechtigt, obwohl der überwiegende Teil der in München lebenden ausländischen Minderheiten seit Jahrzehnten hier lebt.“

Dies ist aus unserer Sicht mit den demokratischen Grundpositionen der Gesellschaft nicht vereinbar. In München sind anteilmäßig ein Fünftel der Bevölkerung (ca. 200 000 Personen) von den Wahlen ausgeschlossen gewesen. Bei den nächsten Kommunalwahlen 1996 werden aber bereits 60 000 Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union wählen können (Maastrichter Verträge). Da EinwanderInnen und Flüchtlinge innerhalb des parlamentarischen Systems also nicht vertreten sind, ist es um so wichtiger, daß ihre Interessen berücksichtigt werden. Ohnehin ist ihre Lebenssituation von Ausgrenzung, Benachteiligung und rassistischen Alltagserfahrungen gekennzeichnet.“ — (dil)



verkleinert, der Lohn wird abgebaut, und die RAG hat Millionen übrig, um sie ins Ausland zu investieren, um sich am gewinnträchtigen Weltkohlehandel zu beteiligen. In ganz Europa wird der Bergbau vor die Wand gefahren, die Energiekonzerne planen eine Zukunft mit billiger Importkohle. Da möchte die RAG, deren Finanzen auf der Leistung der Bergleute an der Ruhr beruhen, nicht absteigen stehen. Nicht etwa, um hier Arbeitsplätze sicherer zu machen, sondern um die Profite der Zukunft zu sichern. Das ist „Standort Deutschland“, wie ihn die Unternehmer verstehen! — (Bergarbeiterinfo, tja)

Kündigungsschutzgarantie bis Ende 1995 ein Flop?

Frankfurt. Diese Frage stellten viele Beschäftigte der Deutschen Wertpapierdaten-Zentrale (DWZ) nach der letzten Betriebsversammlung an den Konzernpersonalchef Potthoff und wurden in ihrer Meinung bestätigt. Das Rahmenabkommen mit dem Konzernbetriebsrat zum Rationalisierungsschutz ist so formuliert, daß im nächsten Paragraphen der im vorhergehenden Paragraphen versprochene Kündigungsschutz für die

meisten Betroffenen wieder aufgehoben ist. So beispielsweise für alle, die sich in dieser Zeit auf einen anderen Arbeitsplatz versetzen lassen und vielleicht dort Probleme bekommen.

Jetzt brodelt es wieder in den Belegschaften der Deutschen Börse AG. Am 7. Juli trifft man sich im Gewerkschaftsraum. Während der Vorstand auf der einen Seite seine Provokationen laufend weitertreibt — die Auslagerung der Rechenzentrum-Endfertigung der DWZ ist geplant, ebenso die Zusammenlegung von zwei weiteren Abteilungen der DWZ und des Kassenvereins, beim Kassenverein selbst wird weiter zentralisiert und rationalisiert —, wächst auf der anderen Seite die Einheit der Belegschaften weiter. Für die Aufsichtsratswahl am 6. Juli stellt sich eine Einheitsliste des Konzernbetriebsrates zur Wahl mit dem HBV-Gewerkschaftssekretär Herbert Bayer und quotierten Vertretern der verschiedenen Belegschaften. Für Spannung ist gesorgt. — (bär)

Antifa Göttingen stellt Strafanzeige

Göttingen. Am 5. Juli wurden in Göttingen 17 Wohnungen und öffentliche

HAMBURG

Senat für Transrapid — SPD gespalten

Am 8.7. erreichte das Planungsgesetz für den Transrapid (TR) im Bundesrat nicht die erforderliche Mehrheit von 38 Stimmen. Die Vertreter des Berliner CDU/SPD-Senats hatten doch noch dagegen gestimmt.

Jetzt geht das Gesetz in den Vermittlungsausschuß, wo allerdings die Regierungskoalition über eine knappe Mehrheit verfügt. Durch das Planungsgesetz sollen die gesamte Planungskompetenz, Bauaufsicht und Kontrolle dem Bund übertragen werden, ein Raumordnungsverfahren sowie eine Umweltverträglichkeitsprüfung durch die Länder entfallen. Klagen und Einwendungen sollen keine aufschiebende Wirkung haben, um zu gewährleisten, daß der Bund dieses Projekt im Interesse von Thyssen, Daimler-Benz, Phillip Holzmann und den Finanzgruppen von Allianzversicherung und Deutsche Bank durchpeitschen kann. Schleswig-Holstein z.B. ist dagegen, u.a. solange die Kosten für Kreuzungen der TR-Trasse mit anderen Verkehrsträgern von den Kommunen und Landkreisen aufgebracht werden müssen, wie im derzeitigen Gesetz vorgesehen.

Im April hatte sich der Parteitag der Hamburger SPD mit Mehrheit dagegen ausgesprochen, die Bürgerschaftsfraktion hat in einer Klausurtagung am 29. Juni ebenfalls mehrheitlich gegen den Transrapid gestimmt. TR-Gegner Dobritz nannte das Planungsgesetz ein „planungsrechtliches Ermächtigungsgesetz.“ Dennoch stimmte der Senat aus SPD und STATT-Partei bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen dem Gesetz zu, und Bürgermeister Vosschrau präsentierte sich im Bundesrat als leidenschaftlicher Fürsprecher des Projekts.

Der Widerstand gegen das teure Mammutprojekt bis in die Reihen der Regierungspartei hinein rief eine heftige Kampagne in der Springer-Presse hervor: Die Front, so hieß es, verlaufe zwischen den „Argumenten aus stadtpolitischer Sicht und den ideologisch geprägten.“ Der Chefredakteur Kruse vom Abendblatt selbst meldete sich zu Wort: „Die deutsche Hauptstadt braucht zur Bewältigung ihrer gewaltigen Aufgaben in einem Ballungsraum von dann

fünf Millionen Einwohnern die ständige Zufuhr innovativer Kräfte. Für keine andere Stadt als Hamburg mit ihrem hochrangigen Dienstleistungsangebot bietet sich eine solche Zukunftsperspektive an. Mit dem Projekt Transrapid könnten heute schon in Hamburg die Weichen gestellt werden. Die Katzensprung-Distanz, auf knapp 60 Minuten reduziert, würde es zudem den Menschen leichter machen, sich von ihrer Immobilität zu befreien und die festgefühten Arbeitsmärkte aufzulösen. Für viele hier im Norden eröffnet sich damit die Chance, in Hamburg und Umgebung wohnen zu bleiben, aber in Berlin zu arbeiten.“ Dies Szenario mag den Konzernen als den Nutznießern flexibler und mobiler Dienstleistungs-Arbeitskräfte gefallen, wer jedoch an einem Dasein als „Hochgeschwindigkeitspendler“ Gefallen finden sollte, bleibt schleierhaft. Der anvisierte Fahrpreis von ca. 100 DM pro Fahrt zeigt zudem, für welche Kreise das Verkehrsmittel gedacht ist. Der Präsident des Unternehmerverbandes Hafen, Dietrich, sagte zu dem Einwand, das Projekt könne man sich wegen der zu hohen Staatsverschuldung nicht leisten: „Die Verschuldung ... ist verursacht durch Erhaltungssubventionen ... und durch zu hohen konsumtiven Staatsaufwand. Sie verlangt von der Politik ... eine Umorientierung der Haushalte statt Sparen bei neuen Technologien.“ Im Klartext: Nicht sovielen „konsumtiven“ Sozialausgaben, sondern Förderung der Weltmarktstrategien einiger Großkonzerne. STATT-Partei Fraktionschef Wegner: „Für Hamburgs Zukunft ist eine schnelle und leistungsfähige Verbindung zwischen Elbe und Spree von entscheidender Bedeutung und öffnet die Verkehrswege in den Osten Deutschlands und Europas.“ Daß dies mit einer schnellen Rad-Schiene Verbindung billiger und kompatibler geschehen könnte, darf angesichts der genannten Interessen keine Rolle mehr spielen. Entsprechend hatte Vosschrau bereits nach seiner Abstimmungsniederlage geäußert, Richtschnur für das Verhalten des Senats in dieser Frage könne „nur das Interesse der Stadt sein“. Und das hat er noch immer im Einklang mit den Interessen „der Wirtschaft“ definiert. — (ulj)

Räume durch das Bundes- und Landeskriminalamt durchsucht, darunter auch der AstA der Universität, ein Buchladen und eine Druckerei. Das BKA bezichtigt die Betroffenen, eine „kriminelle Vereinigung“ zu bilden und Kontakte zur RAF zu haben. Gegen dieses Vorgehen der staatlichen Behörden haben die Betroffenen Strafanzeige und Strafantrag gestellt. In einem Flugblatt der Autonomen Antifa (M) heißt es dazu: „Insbesondere richtet sich die Anzeige gegen die immer wieder erhobenen falschen Verlautbarungen staatlicher Stellen, die Autonome Antifa (M) unterhalte Kontakte zur RAF. Diese Äußerungen entbehren jeder tatsächlichen Grundlage. Sie sind schlichtweg falsch.“ Auf einer Protestveranstaltung am 13. Juli in Göttingen werden Landtagsabgeordnete von SPD und Grünen sprechen. Für Samstag, den 16. Juli, ruft die Autonome Antifa (M) zu einer bundesweiten Demonstration nach Göttingen auf. — (jöd)

Freispruch für Redakteurin des Angehörigen-Infos

Hamburg. Am 23.6. fand vor dem Amtsgericht Hamburg die Hauptverhand-

lung gegen eine presserechtlich verantwortliche Redakteurin des *Angehörigen Infos* statt. Laut Anklage hätte sie mit der Veröffentlichung einer Erklärung von „Angehörigen und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD“ in der Ausgabe Nr. 124 die BRD verunglimpft (§ 90a). In ihrer Einlassung erläuterte die angeklagte Redakteurin u.a., daß mit der in den inkriminierten Passagen behaupteten „Vernichtung“ politischer Gefangener nicht eine physische — so die Interpretation des Staatsanwalts —, sondern eine psychische gemeint ist. Dieser Erklärung folgten Staatsanwaltschaft und Gericht und beantragten bzw. erkannten auf Freispruch. Auch in diesem Fall hatte die Bundesanwaltschaft das Ermittlungsverfahren „angeregt“. Die Tatsache, daß Bundesanwalt Dr. Morré bei der dann zuständigen Hamburger Staatsanwaltschaft dreimal schriftlich die Mitteilung von Aktenzeichen und Sachstand eingefordert hatte, bis schließlich die Staatsanwaltschaft das gewünschte Ermittlungsverfahren einleitete, belegt die Verfolgungswut der Bundesanwaltschaft und den starken Druck, den sie auf eine Landesstaatsanwaltschaft auszuüben bereit ist. — (jeh)

133 000 Unterschriften für ein Aufbaugesetz

Interview mit dem HBV-Landesvorsitzenden von Thüringen, Bodo Ramelow

Es ist typisch für Thüringen, daß das Fehlen von ca. 500 000 Arbeitsplätzen nicht zur parlamentarischen Beratung einer gewaltigen Menge guter Ideen genutzt werden kann, weil die Borniertheit etablierter und machthungriger Politiker die direkte Demokratie in der Landesverfassung und im zugehörigen Gesetz als hürden- und dornenreichen Weg ausgestaltet haben. Mit diesen Worten hat der Vorsitzende der PDS/LL-Fraktion im Thüringer Landtag, Dr. Roland Hahne-mann, bedauert, daß die Kampagne für ein „Aufbaugesetz“ nicht die von der Verfassung vorgeschriebenen 282 000 Unterschriften erreicht hat. Es wurden „nur“ 133 000 Unterschriften gesammelt. Wir sprachen mit Bodo Ramelow, HBV-Landesvorsitzender. — (rül)

■ Welches Ziel verfolgen die DGB-Gewerkschaften mit ihrer Kampagne?

Die Idee zu der Kampagne Aufbaugesetz ist entstanden aus der Auseinandersetzung um das Kaliwerk Bischof-ferröde und der damit entstandenen Bewegung „5 vor 12, Thüringen brennt“. Kernpunkte müssen sein die Reindustrialisierung des Industriestandortes Thüringen und die Revitalisierung der Innenstädte und des ländlichen Raums. Der Politik des Arbeitsplatzabbaus und der Strukturvernichtung muß eine aktive Politik entgegengestellt werden, und zu diesem Ziel wurde das Volksbegehren in Form eines Aufbaugesetzes so verdichtet, daß es zu einer massenhaften Aktion werden kann.

■ Wie sahen die bisherigen Aktivitäten der Gewerkschaften aus? Und wie haben die Parteien im Landtag reagiert?

Die Aktivitäten der Gewerkschaften sind differenziert zu betrachten. Bei den „5 vor 12“-Aktionen waren es vor-dringlich Betriebsräte und einzelne Gewerkschaftsvertreter, die jeweils die kämpfenden Belegschaften in den wesentlichen Brennpunkten unterstützt haben. Leider gab es auch im gewerk-schaftlichen Apparat Personen, die die Notwendigkeit einer verknüpften Ge-genwehr zu diesem Zeitpunkt oder in der branchenübergreifenden Dimen-sion nicht verarbeiten wollten oder bis heute nicht wahrhaben.

Beim Überleiten aus den „5 vor 12“-Aktionen durch drei komplette Bran-chenvollkonferenzen mit den Betriebs- und Personalräten wurde der jeweilige Stand des Aufbaugesetzes debattiert, erörtert und dann übergeleitet in das Volksbegehren.

Die Regierung Vogel versucht, die ganze Kampagne herunterzuspielen, totzuschweigen. Ihr Scharfmacher Schwäblein, CDU-Fraktionsvorsitzen-der im Landtag, hat sogar zum 1. Mai Flugblätter gegen das Volksbegehren herausgeben lassen. Einmalig in der Geschichte des deutschen Parlama-tarismus, daß eine Landtagsfraktion durch ihren Vorsitzenden massenhaft Flugblätter unter's Volk bringt, um gegen eine durch die Landesverfassung abgesicherte Aktion in schlimmster Form zu polemisieren. Die Angriffe wa-ren wild und könnten dem alten Block-parteiensystem entlehnt sein.

Bei den Oppositionsparteien diffe-renziert sich das Bild, ähnlich dem in den Gewerkschaften. Die Sozialdemo-kratische Partei hat sich zwar in einer gemeinsamen Landesvorstandssitzung zwischen Partei und DGB-Landesvor-

stand darauf verständigt, die Aktion mit zu entwickeln und zu unterstützen, hat dann aber viele Wenn und Aber in der Kampagne entdeckt. Der Sozialde-mokratie war es m.E. geschuldet, daß die konkreten Forderungen, wann, wie-viel und wo Arbeitsplätze durch welche Fördergelder entstehen, wiederum aus dem Gesetz heraus gestrichen wurden. M.E. war es ein Fehler in der Kampag-ne, daß man einen zu großen Kniefall in dieser Frage vor der SPD-Landesglie-dung in Thüringen gemacht hat. Mögli-cherweise spielte aber auch eine Rolle, daß die Oppositionspartei zu einem Zeitpunkt, als sie glaubte, die Wahlen im Selbstlauf zu gewinnen, es für nötig hielt, darauf hinzuweisen, daß zu kon-krete Vorstellungen und Festlegungen durch ein Gesetz später hinderlich beim Regieren seien.

Das Bündnis 90/Die Grünen unter-stützte anfänglich persönlich und fach-lich das Gesetz, leistete aber im Parla-ment kontraproduktive Hilfe, indem es das notwendige Ausführungsgesetz für Volksbegehren dergestalt auf den Weg brachte, daß alle Unterschriften nur noch in offiziellen Gebäuden des Ver-waltungsapparates einzubringen seien.

Im Ver-laufe der Kampag-ne distan-zierte sich der Frak-tionsspre-cher von den seines Erachtens irrationa-len Zah-lenanga-ben von 300 000

Arbeits-plätzen, welche mit Bundes- und Landesmitteln sowie europäischen Gemeinschaftsför-derungsmitteln bis zur Jahrtausend-wende auf den Weg gebracht werden sollten. Er hat es auch für notwendig be-funden, dies öffentlich in einer Presse-konferenz zu verlautbaren, gleichzeitig aber den Spagat zu machen, aus der Kampagne nicht aussteigen zu können. Größere Mengen von Unterschriften sind weder von der SPD noch von dem Bündnis 90 bekannt.

Letztlich hat die reale existierende PDS — vor der sich alle sonstigen Oppo-sitionellen fürchten — in einer aktiven Kampagne zum 1. Mai dem Volksbege-hren breiten Raum gegeben, und das, obwohl sie nicht begeistert war, daß die präzisen Zielvorstellungen aus dem Ge-setzestext wieder entfernt wurden.

Die unter diesen Schwierigkeiten ge-wonnenen rund 133 000 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgern in Thü-ringen (7 % der Wahlberechtigten) sind deshalb schon mit Stolz zu vermelden.

■ Es gibt die Propaganda, die Länder im Osten seien bald die neuen „Tiger“ des Auf-schwungs. Was spüren davon die Gewerk-schaften?

Dieser nach dem Vorbild der „kleinen Tiger“ geprägte Aufschwung ist derje-nige, der im Kern die Struktur der Ge-werkschaften zerstört. Betriebsräte un-ter den hiesigen Bedingungen im Auf-schwungtaumel sind — soweit sie tat-sächlich im Betrieb den Aufschwung spüren, d.h. gesicherte Arbeitsplätze haben und Zuwachsraten verzeichnen können — viel schneller zu Kompromis-

sen bereit, die auch über Tabubereiche der erkämpften Strukturen West-deutschlands hinausgehen. Sonntags-arbeit, Nacharbeit, rollende Schichten und ähnliches sind ein Beispiel.

Dieser Aufschwung Ost ist in der um-gesetzten Art bedauerlicherweise ideo-logisch von der DGB-Führung und ein-zelnen Einzelgewerkschaften mit ver-treten worden, aber der Schönheitsfeh-ler war schon 1990 erkennbar, als zum 30.6. die D-Mark eingeführt wurde, aber fälschlicherweise immer von der Wirtschafts-, Währungs- und Sozial-union gefaselt wurde. Eine Sozialunion hat es aber zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben, arbeitsrechtliche Vorschriften wurden nicht erlassen. Nach wie vor gibt es ostdeutsche Sonderrechte, die westdeutsche Arbeitnehmerstandards — z.B. beim Konkursrecht — völlig au-ßer Acht lassen.

■ Wie verhalten sich eigentlich die kleinen Selbständigen im Osten zu eurer Kampagne gegen die Deindustrialisierung?

Die Mittelstandspolitik im Sinne des Kleingewerbetums, des Kleinhandels und der kleinen Dienstleister haben wir in unsere Kampagne miteinzubeziehen versucht. Es war für die Gewerkschaft HBV wichtig, Fragen der Revitalisie-rung innerstädtischer Bereiche für klei-ne Handelsstrukturen, aber auch die Aktivierung des ländlichen Raumes — gemeinsam mit der Gewerkschaft Gar-tenbau, Land und Forsten — in die Kampagne einzubeziehen. Dort insbe-sondere aus der Erkenntnis, daß es kleinräumige Strukturen in der ehema-ligen DDR nur unterdurchschnittlich gab, aber derartige Strukturen wichtig sind bei der Stabilisierung von Ausein-andersetzungen im sozialen Bereich, gerade dann, wenn die Industriepro-duktion gegen Null gefahren wird.

Erfahrungen aus dem französischen Lothringen (Longwy) sind noch sehr präsent, wo der lange Marsch auf Paris geplant wurde. Auseinandersetzungen um die Uhrenfabrik Lipp oder die Glas-werke Süßmuth, Zementwerk Erwitte oder Enka-Werk Kassel sind noch sehr gut bei einigen der handelnden Perso-nen in Erinnerung.

Wir haben deshalb in vielerlei kon-kreten Forderungsansätzen immer wie-der Handlungsstrukturen, Dienstlei-stungsstrukturen, Handwerksstruktu-ren gefordert und versucht, uns abzu-grenzen gegen die populistischen Reden der FDP, die sich als Mittelstandspartei geriert und gleichzeitig alles getan hat, um Großstrukturen zu stärken.

Von seiten regionaler Handwerker und Händler haben wir in den Regio-nen, dort, wo wir um kämpfende Betrie-be herum aktive Zellen entwickeln konnten, große Unterstützung gehabt bis hin zur finanziellen Unterstützung. Unterschriftenlisten lagen bei Bäckern, Metzger, Händlern, gingen aber auch von Hand zu Hand in den Handwerks-betrieben.

Es sei aber immer wieder darauf hin-gewiesen, daß diese Betriebsform hier eher unterdurchschnittlich entwickelt ist. Aus unserer Sicht ist es deshalb lo-gisch und zwingend, nicht nur für Indu-striearbeitsplätze zu kämpfen, sondern auch darauf zu achten, daß soziale Strukturen kleinräumiger entstehen können.

Zur Zeit aktivieren und engagieren sich die Gewerkschaft HBV und GGLF für eine Vermarktungs-, Handels- und Dienstleistungsagentur, welche Land-

wirtschaft, 1. Produktionsstufe mit Händlern und Dienstleistern vernetzen will. Das ganze Projekt wird getragen über den Start e.V. — eine Einrichtung des DGB-Landesbezirks Thüringen.

■ Nach dem Zusammenbruch der DDR und der anderen Staaten des RGW gab es die Parole vom „Triumph der Marktwirtschaft“. Jetzt kann man sehen, daß die Marktwirtschaft für die Länder im Osten womöglich genauso ru-nös ist wie für die Länder im Süden. Wie rea-gieren darauf die Gewerkschaften? Wollt ihr z.B. einen stärkeren öffentlichen Sektor, stärkere Genossenschaften?

Die Frage unterstellt als Antwort eine Möglichkeit, daß der öffentliche Sektor oder stärkere Genossenschaften eine Antwort auf den Triumph der Markt-wirtschaft sein können. Ich habe da un-ter den gesamtgesellschaftlichen Bedin-gungen meine Zweifel. Ich selbst bin ein sehr aktiver Genossenschafter und kämpfe für das Überleben der Konsum-genossenschaften, teilweise mit unge-wöhnlichen Mitteln. Gleichzeitig bin ich Aufsichtsratsvorsitzender einer Wohnungsgenossenschaft und habe dort innerhalb dieser Genossenschaft und im genossenschaftlichen Sektor versucht, das Altschuldenhilfegesetz als besonderes Ostopfer (darüber müßte man als besondere Betrugsform viel mehr sagen) zu verhindern.

Eine schlüssige Antwort in wirt-schaftspolitischer Hinsicht haben wir nicht, auch nicht mit dem Aufbauge-setz.

Der Satz: „Dum bleibe im Lande und wehre dich täglich!“ muß hier unter Be-dingungen der Menschen aus der DDR mit 40jähriger persönlicher Geschichte und Sozialisation unter den jetzigen Bedingungen durchlebt werden. Wir können nur gemeinsam mit ihnen einen neuen Anfang zu definieren versuchen.

Ob dies dann ein Genossenschaftssek-tor sein kann oder etwas anderes, scheint mir derzeit zweitrangig. Wenn wir es nicht schaffen, Widerstand gegen die negativen Strukturen der Markt-wirtschaft zu entwickeln, werden wir die Kraft für eine neue Ideologie und Philosophie in wirtschaftspolitischen Fragen erst gar nicht entwickeln.

■ Im Herbst sind in Thüringen Landtagswah-len. Was wird dann mit dem Aufbaugesetz?

Beiseitelegen können es die Landtags-fraktionen nicht. Zur Zeit gibt es Initia-tiven, das Mindestunterschriftenquo-rum nachhaltig zu senken — auch ein Ergebnis der Kampagne.

Das Thüringer Aktionsbündnis der Betriebsräte, der DGB-Landesbezirk u.a. haben angeregt, daß das Thema Ar-beit, das Thema Aufbaustrukturen, das Thema Aktivierung von Industriepo-tentialen jetzt vor, bis und über die Landtagswahlen hinaus in Form von regionalen Foren thematisch begleitet werden muß. Hier müssen mehr regio-nale Bezüge, mehr von der abstrakten auf die konkrete Ebene gebracht wer-den. Erst wenn wir es schaffen, das hochtheoretische Aufbaugesetz wieder mit den leider in der Kampagne verloren-gegangen konkreten Forderungen zu verknüpfen, wird es gelingen, wieder an die Köpfe der einzelnen Betroffenen anzuknüpfen. Es liegt an uns, ob wir die 133 000 Unterschriften als halbe Nieder-lage oder als halben Sieg betrachten. Es liegt an uns, was wir daraus machen! (Aus Platzgründen von der Redaktion leicht gekürzt)



Bodo Ramelow

(K)ein Land der Junker und Gutsbesitzer!?

Lutz Scherling zum Kampf um Bodenreform und Landrückgabe in Mecklenburg-Vorpommern

Die Auseinandersetzungen um die künftigen Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft wurden wohl in den zurückliegenden vier Jahren in keinem anderen Land mit solcher Schärfe und Emotionsgeladenheit geführt wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Kein Wunder, stehen doch in diesem agrarisch geprägten Land seit dem Anschluß der DDR nahezu 500 000 ha land- und weitere 250 000 ha forstwirtschaftliche Flächen zur Disposition.

Dieser ehemals volkseigene Grund und Boden stammt ursprünglich aus der Bodenreform und wird durch die Treuhandanstalt bzw. deren Bodengesellschaft zum Zwecke der Privatisierung (lt. Treuhandgesetz) verwaltet.

Bodenreformland wurde den Neubauern 1945 zur landwirtschaftlichen und gärtnerischen Nutzung als vollwertiges und vererbliches Eigentum übergeben.

Es durfte nicht verkauft, nicht verpachtet und nicht dinglich belastet werden. Wurde die Bewirtschaftung aufgegeben, hatte das den Verlust des Bodenreformigentums zur Folge. Geschah die Aufgabe aus Gesundheits- und Altersgründen, erhielt der Abgebende einen Wertausgleich.

Verließ der Bodenreformigentümer seine Wirtschaft unbegründet, was praktisch auf alle Fluchtfälle zutrifft, aber auch auf Ortswechsel innerhalb der DDR, so fiel das Bodenreformland ohne Ausgleichsleistungen an den volkseigenen Bodenfonds zurück.

Auf vertraglicher Basis wurde der Grund und Boden dann den jeweiligen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften von den Räten der Kreise zur Bewirtschaftung übergeben.

Das Gesetz der Modrow-Regierung über die Rechte der Eigentümer von Grundstücken aus der Bodenreform vom 6. März 1990 hob die Beschränkungen in der Zweckbestimmung und Verkaufsfähigkeit des Bodenreformlandes auf. Es war damit tatsächlich vollwertiges Grundeigentum und somit vor den möglichen Rückerwerbsansprüchen der Alteigentümer geschützt.

Eine weitergehende Regelung, die den landwirtschaftlichen Betrieben Ostdeutschlands das dauerhafte Nutzungsrecht über ihre Flächen gewährleistet hätte, wurde im Zuge des Einigungsvertrages auf Druck der bundesdeutschen Verhandlungsführung verhindert.

Der Einigungsvertrag in seiner Schmalbrüstigkeit enthält allerdings im Artikel 41 die Feststellung, daß Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage irreversibel sind.

Seither wird der Einigungsvertrag in der Bodenfrage torpediert. Das Objekt der Begierde der sogenannten Alteigentümer und der kapitalkräftigen Landwirte aus dem Westen sind die aus der Bodenreform stammenden und unter Treuhandverwaltung befindlichen ehemals volkseigenen Flächen; also all das Land, was im volkseigenen Bodenfonds war.

Der politische Kampf für die Unantastbarkeit der Ergebnisse der Bodenreform ist deshalb in erster Linie ein Kampf für die legitimen Rechte der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und den anderen ostdeutschen Bundesländern, die in der Landwirtschaft tätig sind. Sie sollen den Boden behalten, den sie vierzig Jahre bewirtschafteten und dessen Wert sie gesteigert haben.

Eine eigenständig bestimmte Agrar-

strukturpolitik wird zuallererst mit den Bodenfragen entschieden. Sind die „alten Herren“ erst zurück, haben sie bald auch wieder das Sagen in den Dörfern, und die hiesigen Bäuerinnen und Bauern werden moderne Mägte und Knechte.

Deshalb tritt die PDS vehement gegen einen Rechtsanspruch auf Rückerwerb von Bodeneigentum im umstrittenen Entschädigungs- bzw. Ausgleichsgesetz (EALG) ein. Das Verknüpfen von Entschädigungs- bzw. Ausgleichsleistungen für Bodenreform-Enteignete mit der Verwertung der volkseigenen landwirtschaftlichen Flächen hat fatale

wäre zweifellos ein gewisser Erfolg für die Landwirtschaftsbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere für die juristischen Personen, wie die gemeinschaftlich wirtschaftenden Unternehmen bezeichnet werden.

Diese etwa 700 Unternehmen im Land bearbeiten 58,5 Prozent der landwirtschaftlichen Böden Mecklenburg-Vorpommerns fast ausschließlich auf der Grundlage von Pachtverträgen.

Ihr Wohl und Wehe hängt damit in hohem Maße von der langfristigen Verpachtung der sogenannten Treuhandflächen ab. Das gilt um so mehr, da die bisherigen Pachtverträge für juristi-

meistbietend zu privatisieren.

Auch diverse „Alteigentümer“, die sich mit Hilfe der Verpachtungspraxis der Treuhandanstalt bereits wieder in Mecklenburg-Vorpommern niedergelassen haben, werden nichts unversucht lassen, ihre Gier nach Eigentum und Macht zu stillen.

Franz zu Butbus auf Rügen, Falk von Marzahn im Kreis Altentreptow, Herr von Below im Kreis Anklam, Hugo Graf von Berstorff bei Wittenburg, Andreas Kulenkampf von Bismarck sind nur einige Adlige, die mit ihren anmaßenden Landforderungen in den zurückliegenden Monaten in die Schlagzeilen gerieten.

Alle verbindet ein Ziel, die Bodenreform für Unrecht zu erklären und ihre Ländereien möglichst in vollem Umfang zurückzuerhalten.

Der von Bernd von Maltzan gegründete „Hilfsfonds für die Opfer der stalinistischen Bodenreform“, sinnigerweise mit dem Kürzel HIOB versehen, schreckte im Mai dieses Jahres nicht davor zurück, das Bodenreformdenkmal in Bredentin, Kreis Güstrow, mit der Aufschrift „Junkernland in Bauernhand“ zu schleifen und in einen Tümpel zu werfen.

Dieser kriminelle Akt des Vandalismus stieß auf landesweite Empörung. Die Bauern des Ortes stellten den Gedenkstein, der anlässlich des zehnten Jahrestages der demokratischen Bodenreform errichtet worden war, sofort wieder auf und bepflanzten die Gedenkstätten mit Blumen. Eine strafrechtliche Verfolgung der Täter blieb bis zum heutigen Tage aus. Die eigentlichen Ursachen für derartige Untaten liegen offensichtlich im gesellschaftlichen Klima begründet, das Kräften wie von Maltzan und Co. ein Gefühl der Macht verleiht. Führende CDU-Politiker, wie Ministerpräsident Seide, bezeichnen die Bodenreform als „bitteres Unrecht, das durch nichts zu rechtfertigen ist“.

Wer allerdings eine solche Position bezieht, kann die Interessen der Menschen dieses Landes in der Bodenfrage gar nicht uneingeschränkt vertreten. Abgesehen von dem einseitigen, haßgetriebenen und unsensiblen Geschichtsbild zeigt sich in der Haltung zur Bodenreform die Befangenheit dieser konservativen Landesregierung.

Die PDS-Fraktion im Schweriner Landtag hat nach den Ereignissen von Bredentin und im Vorfeld der Bundesratsentscheidung eine Resolution zur Unantastbarkeit der Ergebnisse der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern eingebracht, die durch die Koalitionsmehrheit von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von PDS und SPD abgelehnt wurde.

Die Entscheidung war kaum anders zu erwarten, macht sie doch deutlich, wer für wessen Interessen eintritt.

Der Protest und der Widerstand gegen die Aushebelung der Bodenreform muß sowohl in den Parlamenten, aber vor allem auch außerhalb fortgesetzt werden.

Unser Anliegen ist es, das Nutzungsrecht am landwirtschaftlichen Boden für die einheimischen Landwirtschaftsunternehmen dauerhaft zu sichern, damit Mecklenburg-Vorpommern nicht wieder zu einem Land der Junker und Gutsbesitzer wird.

Lutz Scherling ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Landtagsfraktion Linke Liste/PDS und Bundestagskandidat in Mecklenburg-Vorpommern.

Antrag der **PDS LINKE LISTE** zur Bodenreform

Der Landtag möge beschließen:

Resolution zu Unantastbarkeit der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern

1. Der Landtag erklärt: Die Ergebnisse der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern sind unantastbar und unumkehrbar.
2. Der Landtag verurteilt jegliche Bestrebungen, die Ergebnisse der Bodenreform auf dem Territorium von Mecklenburg und Vorpommern auszuhöhlen oder zu revidieren. Er betrachtet diesbezügliche Vorstöße von Bodenreformenteigneten als unrechtmäßig. Die Landesregierung wird aufgefordert, die legitimen Eigentumsrechte der Mecklenburger und Vorpommern gegen unberechtigte und unbillige Rückerwerbsbestrebungen von Alteigentümern zu schützen, wie dies ihrer Pflicht aus dem Einigungsvertrag entspricht.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat dahingehend wirksam zu werden, daß in dem beabsichtigten Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz ein Rechtsanspruch auf Rückerwerb enteigneter Flächen ausgeschlossen wird.

Begründung:

Gerade in jüngster Zeit entfalten

ehemalige Großgrundbesitzer politische Aktionen und Aktivitäten, um die Ergebnisse der Bodenreform rückgängig zu machen. Ein erschreckendes Beispiel dafür ist die Schändung des Gedenksteins für die demokratische Bodenreform in Bredentin, Krs. Güstrow.

Diese Bestrebungen sind politisch zutiefst reaktionär, juristisch sind sie völlig unhaltbar und nicht hinnehmbar.

Die Bodenreform in der damaligen sowjetischen Zone Deutschlands war eine soziale Großtat, in deren Folge über zwei Millionen Menschen eine neue Lebensgrundlage erhielten.

Es ist geschichtliche Wahrheit, daß das Konzept der entschädigungslosen Enteignung von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern im Dorf starke Resonanz bei den Menschen sowie in nahezu allen politischen Lagern fand und weitgehend als gerecht angesehen wurde.

Mit der Bodenreform wurde erstmals in der deutschen Geschichte eine jahrhundertalte demokratische Forderung verwirklicht, nämlich den Böden in die Hände jener zu geben, die ihn bearbeiten ...

(Drucksache 1/4506 des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern vom 18.5.94, Antragsteller Scheringer und Fraktion, aus Platzgründen von der Redaktion gekürzt)

Folgen. Es ist gewissermaßen der juristische Winkelzug, um die Enteignungen Stück für Stück und damit die Bodenreform als ganzes gegenstandslos werden zu lassen.

Die besondere Spitzfindigkeit besteht darin, daß in dem Maße, wie ostdeutsche Landwirte an Landerwerb beteiligt werden, eine gesellschaftliche Akzeptanz des gesamten Gesetzespaketes erreicht wird.

Einiges deutet darauf hin, daß das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz in dieser Legislaturperiode die Bonner Abstimmungshürden aus wahltaktischen Gründen in seiner jetzigen Form nicht überspringen wird. Das

sche Personen keinerlei Kaufoptionen auf die Flächen vorsehen.

Ein Landerwerbsprogramm im Sinne der Alteigentümer würde sich einzig gegen diese Unternehmensformen richten. Die Flächen gingen zu Billigpreisen in das Eigentum der „alten“ Besitzer zurück, und diese könnten dann nach Belieben schalten und walten.

Wird das Entschädigungsgesetz gestoppt, steht allerdings auch fest, daß der Kampf um den ostdeutschen Grund und Boden mit unverminderter Härte weitergeführt wird. Die Treuhandanstalt hat bereits angekündigt, entsprechend ihrem Auftrag im Falle des Ausbleibens einer gesetzlichen Regelung

Unerhörter Akt der Diskriminierung

Aufgrund einer Bestimmung des neuen Landeshochschulgesetzes müssen alle nach dem 9.11.89 (dem Tag der sog. Maueröffnung) entlassenen Hochschullehrer einen Antrag stellen, wenn sie ihren akademischen Titel weiterführen wollen. Die Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) hat folgende Erklärung herausgegeben. — (har)

„(...) Man kann nicht mehr sagen, wehret den Anfängen. Zuviel ist schon an Entwürdigendem passiert. Doch das ist kein Grund, weiterem tatenlos zuzusehen. Es geht nicht allein um die Intelligenz. Es geht auch nicht allein um Mecklenburg-Vorpommern. Hier werden Weichen für eine neue Eskalation der Abrechnung mit den Ostdeutschen und ihrer Geschichte gestellt.

Worum geht es? Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat ein neues Landeshochschulgesetz vom 9.4.94 erlassen, das allen Hochschullehrern der DDR, die nach dem 9. Nov. 1989 entlassen wurden, also auch denen, die sich in Arbeitslosigkeit oder Vorruhestand befinden, sowie Rentnern auferlegt, sich bis 30.6.1994 in Anträgen an Rektoren ihrer früheren Einrichtungen zu wenden und — gezwungenermaßen — die Weiterführung ihrer Titel Professor, Hochschuldozent oder Dozent zu beantragen. Bedingung für die Weiterführung der Titel soll ein „vorbehaltloses Votum einer Ehrenkommission“ des Landes Mecklenburg-Vorpommern sein, ansonsten „muß ein Verfahren vor einer zentralen Personalkommission des Landes“ durchgeführt werden. Die Entscheidung trifft die Kultusministerin Steffi Schnoor (CDU). Man kann sich vorstellen, wie schwer es den betreffenden Institutionen fallen muß, ein solches „vorbehaltloses Votum“ abzugeben, da sie doch in aller Regel schon einmal „Vorbehalte“ geäußert hatten, die zur Entlassung der Betroffenen geführt haben.

Es ist davon auszugehen, daß in einer Vielzahl von Fällen die Genehmigung

zur Weiterführung der Titel versagt wird. Allein aus diesem Vorgehen ist zu ersehen, daß an keine Toleranzlösung und an keine Versöhnung gedacht ist, daß kein längst fälliger Schlußstrich unter die Politik der Abstrafung gezogen werden soll, sondern daß im Gegenteil nach zahlreichen sozialen und administrativen Diskriminierungen — von Abberufungen und Arbeitsplatzverlust bis zur Strafrechte — die Entwürdigungen fortgesetzt werden. Damit soll auch die Erinnerung an den Platz der Betroffenen im geistigen Leben der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns sowie in der Wissenschaftsgeschichte Deutschlands — bis zum Grabstein — getilgt werden.

Dabei besitzen viele der Betroffenen noch die Zusicherung des letzten DDR-Wissenschaftsministers, „es besteht das Recht zur Führung des Titels“, bzw. sie können sich auf entsprechende Passagen im Einigungsvertrag berufen. Darin heißt es unmißverständlich: „Das Recht auf Führung erworbener, staatlich anerkannter oder verliehener akademischer Berufsbezeichnungen, Grade und Titel bleibt in jedem Fall unberührt“ (Art. 37). Das jetzt praktizierte Vorgehen widerspricht dem Einigungsvertrag und damit geltendem Bundesrecht. Der Rechtsstaat sollte auch Rechtssicherheit für Mißliebige oder Andersdenkende garantieren.

Wir wenden uns gemeinsam mit den Erstunterzeichnern an eine kritische Öffentlichkeit, an Wissenschaftler und Hochschullehrer, sich hinter diese Erklärung zu stellen, um bei den politischen Entscheidungsträgern der Bundesrepublik auf allen Ebenen Protest anzumelden. (Es folgen die Erstunterzeichner.) Wir rufen zu weiteren Unterschriften unter diese Erklärung auf!“ (aus Platzgründen leicht gekürzt)

Kontaktadresse: Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), Karl-Lade-Straße 26, 10369 Berlin, Tel. 030/5556355

Sachsen-Anhalt

Zur Konstituierung des Landtags

Am 21. Juli soll der neue Ministerpräsident Sachsen-Anhalts gewählt werden. Da SPD und Bündnis 90/Grüne eine Minderheitsregierung planen, dürfte der designierte Höppner wohl in keinem Wahlgang die absolute Mehrheit erreichen.

Strittig ist, ob im 3. Wahlgang die relative Mehrheit ausreicht. Das Tolerierungsangebot der PDS wurde von der SPD abgelehnt. Wie sich die PDS Sachsen-Anhalts zur Regierungsbildung stellt, dokumentiert der folgende Beschluß: „Landesvorstand und Landtagsfraktion beschließen mit Unterstützung der PDS-Kreisvorsitzenden und des Landesparteiirates folgende Positionen als Lagebestimmung und als Empfehlung für das weitere Vorgehen der Abgeordneten im Landtag sowie des geschäftsführenden Landesvorstandes.“ (...)

1. Die PDS Sachsen-Anhalt setzt sich weiterhin dafür ein, daß im Land eine CDU-Regierungsbeteiligung verhindert wird. Deshalb wird eine Minderheitsregierung von SPD und Bündnis 90/Grüne von der PDS befürwortet.

2. Dieser Vorschlag bedeutet keine Abkehr von der Oppositionsverantwortung der PDS auf Landesebene. Wir haben keinen Grund, einer SPD-Regierung einen Blanko-Scheck auszustellen.

PDS-WählerInnen und weitere BürgerInnen können sich darauf verlassen, daß die PDS konsequent und kreativ für all jene Ziele eintritt, die im Landeswahlprogramm enthalten sind.

3. Unser Tolerierungsangebot wurde nicht aufgegriffen, damit ist es vom Tisch.

4. Ministerpräsident-Kandidat Höppner ist nicht unser Kandidat, deshalb müssen wir ihn nicht wählen.

5. Eine rosa-grüne Minderheits-Regierung soll an der PDS nicht scheitern, deshalb werden wir nicht gegen Höppner stimmen.

Für den Fall der Wiedervereinigung unter dem Dach der großen Koalition wird wohl kein Ministerpräsident-Kandidat Stimmen von PDS-Abgeordneten erhalten.

6. Wir übernehmen politische Verantwortung aus der Opposition heraus und werden uns von Sachfrage zu Sachfrage neu entscheiden.“

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten, für die sich die PDS einsetzen will, zählen die Initiative für 300000 Arbeitsplätze, sozial verträgliche Mieten, gegen die nachträgliche Revision der Bodenreform, Widerstand gegen Rassismus und seine regierungsoffizielle Unterstützung, Offenlegung der Treuhandskandale. — (har)

Hungerstreik gegen elende Haftbedingungen

Am 6. Juli haben mehrere Gefangene im Berliner Abschiebeknast Tiergarten einen Hungerstreik gegen ihre unerträglichen Haftbedingungen begonnen. Inzwischen haben sich dem Streik mehr als 50 der ungefähr 180 Gefangenen angeschlossen.

Die Zustände in diesem (West-)Berliner Gefängnis sind katastrophal und wesentlich schlechter als in anderen Gefängnissen. Der Hungerstreik der Gefangenen ist Ausdruck der Verzweiflung. Sie hatten bei einer Besichtigung durch Mitglieder des Ausländerausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses am 28. Juni erfahren, daß ihre Probleme erst nach der Sommerpause im Parlament beraten werden.

Die Hungerstreikenden haben 15 Forderungen aufgestellt. Sie werden in ihrem Anliegen unter anderem von der PDS und dem Bündnis 90/Die Grünen unterstützt.

Ihre Forderungen im einzelnen:

- Münztelefon (es gibt bisher nur ein einziges);
- heißes Wasser (es gibt oft wochenlang kein heißes Wasser);
- bessere Behandlung durch Beamte (die Gefangenen klagen über Mißhandlungen, werden grundsätzlich geduldet);

- einen Sozialarbeiter (es gibt bisher nur einen Seelsorger);
 - bessere hygienische Bedingungen mit der Möglichkeit des Wäschewechsels;
 - bessere medizinische Betreuung;
 - Möglichkeit der Öffnung des Fensters an heißen Tagen;
 - vitaminreichere und genießbare Nahrung;
 - bessere Möglichkeit zur Reinigung der eigenen Wäsche;
 - Versorgung mit Presse und Fernsehen;
 - bessere Versorgung mit Rasierapparaten (es gibt derzeit nur 3 Apparate);
 - regelmäßige Freigänge an der frischen Luft;
 - längere Besuchszeiten (derzeit sind täglich nur 30 Besucher zugelassen, die nicht einmal eine halbe Stunde bleiben können);
 - mehr Richter zur Bearbeitung der Fälle;
 - kein Haftantrag ohne Rechtsbeistand und Dolmetscher.
- Statt diese grundlegenden Forderungen zu erfüllen, werden die Hungerstreikenden auseinandergelegt. Gegen einen als „Rädelsführer“ bezeichneten Libanesen wurde sogar inzwischen eine Anzeige wegen Nötigung erhoben. — (har)



Auseinandersetzung um Gleichstellung geht weiter

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause stimmte der Bundesrat einer Gesetzesvorlage zum Thema Gleichstellung der Lehrer Ost-West zu. Dieses Gesetz sieht jeweils eigenständige Regelungen der ostdeutschen Länder vor, die diese bis spätestens 31. Dezember 1995 getroffen haben müssen. Zwar wurde mit Annahme dieses Gesetzes verhindert, daß ein Antrag von Sachsen und NRW zum Zuge kam, dessen Inhalt die Festschreibung der Diskriminierung ostdeutscher Lehrer vorsah. Eine Anerkennung ist damit aber noch nicht er-

reicht bzw. wird jetzt vom jeweiligen Finanzsäckel der ostdeutschen Länder abhängen. Dabei hatte die Kultusministerkonferenz noch im Mai 93 einstimmig einer Gleichstellung zugestimmt. Diese wird jetzt eingefordert werden müssen. Von Vorteil ist, daß die ostdeutschen Lehrer überwiegend Angestellte und keine Beamte sind. Daß sie zum Streik bereit sind, zeigte die Kundgebung am 14.5. in Berlin (siehe Bild oben). 50000 Lehrer aus Ost- und Westdeutschland protestierten gegen die Ungleichbehandlung. — (har)

Zeit für Zeichen

Die Diskussion bei Bündnis 90 / Die Grünen über eine mögliche, erwünschte oder nicht erwünschte Zusammenarbeit, Koalitionen usw. mit der PDS ist nach den Europa- und Kommunalwahlen im Osten und dem Ergebnis von Sachsen-Anhalt heftiger und breiter geworden. Aus dem Landesvorstand von Bündnis 90 / Die Grünen erhielten wir auf Anfrage das folgende Diskussionspapier von Michael Haberkorn, das einen Standpunkt aus der Diskussion im Berliner Landesverband dokumentiert. Fragmentarische Auszüge aus einem Papier von Michael Haberkorn waren bereits vorher in der „taz“ veröffentlicht worden. Der Autor schickte uns eine von ihm überarbeitete Fassung, die wir hier vollständig wiedergeben. — (rül)

Blick zurück im Zorn oder Aufarbeitung erster Teil

Kein Zweifel, wir stehen in harter Konkurrenz zur PDS, aber leider gibt es keine guten Voraussetzungen für eine sachliche Auseinandersetzung mit dieser Partei; dazu sind die KontrahentInnen auf beiden Seiten oft auch zu sehr gleichzeitig Betroffene.

Die Kernkritik an der PDS: Ein Teil der Mitgliedschaft sei altes SED-Klientel, das zumindest passiv (wenn nicht aktiv) zu der Unterdrückung und Verfolgung von Teilen der DDR-Bevölkerung beigetragen habe.

Deshalb ist der Blickwinkel eines großen Teils der BürgerrechtlerInnen immer noch gekennzeichnet:

- von der Empörung, mit der PDS eine Partei zu erleben, in der personelle Identitäten in Parteifunktion und Mitgliedschaft sowohl damals wie heute existieren;
- von einer Aufgeregtheit, neben alten Kadern neue Mitglieder zu erleben, die moralisch unangreifbarer sind, weil sie eindeutig antistalinistisch und auch in keiner sonstigen persönlichen Vergangenheitsbefangenheit stecken;
- von Unverständnis, daß größere Teile ostdeutscher Bevölkerung die PDS als Bedenkenträger gegen die wirtschaftliche und sozialpolitische gesellschaftliche Entwicklung akzeptieren;
- vom Zorn, wie zögerlich die PDS in den eigenen Reihen mit der Aufarbeitung von Staatsaktivitäten vorgeht;

— von Enttäuschung über die eigene gesellschaftspolitische Rolle, die in Einfluß und Überzeugungskraft vor allem in den neuen Bundesländern über einen kleinteiligen Einfluß nicht hinauskommt, obwohl viel Kraft und Entbehrung in die Arbeit als Bürgerrechtsbewegung gesteckt wurde und man sich zu Recht als treibende Kraft der Wende versteht, was aber heute nicht ansatzweise entsprechend honoriert wird und — einem damit verbundenen (selbst zu erkannten) Makel, deshalb letztlich als Bürgerbewegung versagt zu haben.

Doch mitnichten: Es wurde soviel erreicht, wie die Menschen es in dem Auslaufmodell DDR zuließen — und: wonach strebten die Menschen damals außer nach Freiheit von Seele und Wort eigentlich noch: nach test the west! und: was sollten sie noch mehr wollen nach

Michael Haberkorn zur Diskussion der Grünen über Zusammenarbeit ja oder nein mit der PDS

widersprüchlich; und so wird dann häufig der Kunstgriff versucht, die PDS in Menschen (Mitglieder, Sympathisanten) und Apparat zu unterteilen; von der Partei wird sich aufs Schärfste distanziert (einmal SED, immer SED), den SympathisantenInnen und WählerInnen selbst wird jedoch Veränderungswillenzugestanden.

Doch so einfach geht es im fünften Jahr des Zusammengehens beider deutscher Staaten nicht mehr.

Programmatische Auseinandersetzung ist gefordert

Vielen PDS-SympathisantInnen und der Parteispitze kann der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit auch nicht so einfach widerlegt werden.



dem Erreichten, nach soviel Veränderung, als was die West-Deutschen hatten: Arbeit, Feierabend, Konsumteilhabe, ihre Ruhe; alles doch letztlich gesamtdeutsche Tugenden der letzten fünfzig Jahre.

Aufarbeitung contra Abrechnung

„... natürlich sind nicht alle PDS-Mitglieder Schweine, aber wegen der vielen alten Kader wollen wir mit ihnen nichts zu tun haben ...“ (oft gehörtes Zitat aus bündnisgrünem Mund).

Diese etwas unbeholfene Abgrenzung ist im täglichen politischen Geschäft immer weniger vermittelbar und auch

Soziale Gerechtigkeit war ohne Frage ein Teil des sozialistischen Gedankenguts, das sich in der damaligen SED-Programmatik widerspiegelte und mit der sich auch heute noch ehemalige SEDler und jetzige PDS-Mitglieder/SympathisantInnen identifizieren können. Hier wird an den „guten“ Teil der sozialistischen Idee angeknüpft — und hier unterscheidet sich im Kern ihrer Zielsetzungen und Forderungen z.B. nach Grundsicherung / Pflegeversicherung / Arbeitszeitverkürzung PDS-Programmatik nach außen nicht sonderlich von wichtigen bündnisgrünen Forderungen.

Der Vorwurf von Bündnis 90- und auch immer mehr GrünenvertreterInnen gegenüber der PDS, sie würde un-

realistische gesellschaftspolitische Forderungen nur deshalb stellen, weil sie eh keine Chance hätte, in die Regierungsverantwortung und damit in die Umsetzungspflicht zu kommen, schlägt — ungeachtet realkommunaler Wirklichkeit — zumindest gegen die Bundes-Grünen zurück: Ähnliches wurde auch uns früher immer von den Altparteien vorgeworfen; als wenn man nur dann ein Ziel formulieren, gesellschaftliche Utopien entwerfen darf, wenn die Umsetzungschance garantiert ist ... nur daran orientiert, hätten wir schon längst die Koffer packen können.

Auch der weitergehende Vorwurf, die PDS wolle im Grunde ihr Partei- und Wahlkampfprogramm gar nicht ernsthaft realisieren, sollte bis zum Beweis antritt nicht länger behauptet werden; er wirkt eher hilflos als hilfreich — letztlich nur anmaßend.

Und wenn dann noch dieses unser westgrün-altkluges „wir wissen es jetzt halt besser als früher“ oder „auch wir hätten damals realistischer sein und umsetzbare Forderungen formulieren müssen ...“ dazukommt, gewissermaßen als Rat (?) an die PDS gerichtet, stellt sich die Frage, was die Ratgeber eigentlich von ihr wollen; sollte sie besser / anders sein, als sie es jetzt ist, und wenn ja, warum und für wen?

Was verunsichert viele von uns so an dieser Partei?

Konrad Weiß kann da vielleicht ein bißchen helfen. Sein Zugeständnis (in einem Brief an die Grüne Jugend), daß es in Deutschland eine sozialistische Reformpartei geben sollte, diese Chance aber „aus machtpolitischen Erwägungen vertan sei“ (von wem eigentlich), läßt ahnen, daß er wohl weiß, welche Attraktivität sozialistisches, an humanistischen und sozialen Idealen orientiertes Gedankengut, gepaart mit Empörung über anderslaufende Verhältnisse, gerade jetzt auf jüngere Menschen ausübt. Anscheinend sieht er dieses Gedankengut bei uns nicht ausreichend formuliert und befürchtet deshalb die Abwanderung potentiellen grünen Klientels Richtung PDS.

Blickwinkel West not the best oder: im Westen nichts neues

Die bündnisgrüne Verlautbarungspolitik unterliegt bisher zu oft der Versu-

Die PDS kandidiert zu den Bundestagswahlen, um mit einer sozialistischen Opposition im Bundestag für einen politischen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland zu wirken. Im Vordergrund steht dabei zunächst, zur Ablösung der konservativen Regierung sowie zur Beendigung des gesellschaftlichen Rechtsrucks in der BRD beizutragen. Die Wahl der PDS ist jedoch mehr als die Wahl eines — dringender erforderlichen — Regierungswechsels, sie ist die Wahl einer alternativen Politik und richtet sich gegen die konservative Hegemonie, die inzwischen bis in die PDS hineinreicht.

Die PDS wird sich innerhalb und außerhalb der Parlamente für ein wirksames gesellschaftliches Abkommen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit einsetzen, für das in den Vorstellungen der Gewerkschaften, der SPD und Bündnis 90 / Die Grünen und nicht zuletzt der PDS realistische konzeptionelle Grundlagen bestehen. An die Stelle sozialer Unsicherheit, wie sie von der Bundesregierung, nicht selten unterstützt von der SPD, und der Unterneh-

mervverbände ausgeht, wollen wir eine Sozialpolitik setzen, die sich an Gerechtigkeit, Chancengleichheit und der Gewährleistung einer sozialen Grundsicherung für alle orientiert.

Die PDS wird alle Schritte unterstützen, die einen wirklichen ökologischen

schieden für einen entsprechenden gesellschaftlichen und politischen Wandel eintreten.

Trotz der jüngsten Wahlniederlagen neofaschistischer und rechtsextremer Parteien herrscht in der Bundesrepublik nach wie vor ein nationalistisches

Umbau und nachhaltige Entwicklung ermöglichen und den weiteren Weg in eine globale ökologische Katastrophe aufhalten.

DOKUMENTIERT

PDS-Parteivorstandsbeschluß vom 27. Juni über die Ziele in den nächsten Wahlkämpfen

Die PDS erwartet von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen aktiven Widerstand gegen die reaktionäre Frauenpolitik der CDU / CSU und wird ihrerseits ent-

und ausländerfeindliches Klima. Die PDS tritt daher dafür ein, mit einer antirassistischen Initiative den Boden für gesellschaftliche Rechtsentwicklung in der BRD zu beseitigen. Sie sollte zumindest eine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung, die Einführung des Ausländerwahlrechts, die Erleichterung doppelter Staatsbürgerschaft und die Beseitigung des völkischen Staatsbürgerschaftsrechts, die Wiederherstellung des Asylrechts, die Öffnung der Grenzen für Menschen in Not und ein Programm antirassistischer Bildungs-, Kultur- und Sozialarbeit umfassen.

Festhalten wird die PDS an ihren Forderungen zur Entmilitarisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft und zu umfassender Abrüstung.

Schließlich wird die PDS ihre Politik uneingeschränkt fortsetzen, die auf die Gewährleistung ostdeutscher Interessen und Gleichberechtigung sowie die Überwindung der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Spaltung der Bundesrepublik ausgerichtet ist.

Diese Inhalte und die Aussagen unseres Wahlprogramms werden auch der Maßstab für die Haltung der PDS zu anderen politischen Kräften und zu deren Regierungsbildungen sein.

Quelle: Beschluß des PDS-Parteivorstandes vom 27. Juni 1994 (der Beschluß umfaßt 6 Punkte. Hier dokumentiert ist der Punkt 2, d. Red.)

chung, sich eher an dem politisch-programmatisch bedrohlichen Konkurrenzgebilde PDS als vergangenheitsbefangenen und antidemokratischem Feindbild abzuwenden, anstatt sich kritisch mit der eigenen Öffnung zur politischen Mitte auseinanderzusetzen und den damit einhergehenden Verlust an radikal-demokratischem Impetus zu hinterfragen.

Was eigentlich legitimiert FDP und CDU und SPD in den neuen Bundesländern als die grundsätzlich besseren und politisch-moralisch saubereren Bündnispartner für Bündnis90/Grüne, und erst recht die westdeutschen Altparteien eingedenk ihrer Politikvergangenheit (Berufsverbot / Unvereinbarkeitsbeschlüsse / sozial- und wirtschaftspolitische Entwicklung bis heute / Armut / Korruption ...)? Gerade die altparteiliche Westlatte ist an demokratischen Verwerfungen lang und deren Ausgrenzungsdrall gerade uns gegenüber weiterhin virulent; zudem ist Bad Kleinen noch nicht lange her und potentiell auch immer unter uns.

Wir sind (noch) zu jung für Gedächtniswund und sollten deshalb bei der Betrachtung und Bewertung des Parteienspektrums die Verhältnismäßigkeit insgesamt beachten.

Grüne Vergangenheit oder: Aufarbeitung zweiter Teil

Alle Parteien haben sich für die Vergangenheit und den Umgang mit der DDR eingestehen, daß sie versucht haben, über offizielle und inoffizielle Legitimationen des Staatsgebildes DDR Erleichterungen für die Menschen in der DDR herbeizuführen. Sie sollten im Nachhinein auch dazu stehen.

Auch wir Westgrünen täten einfach gut daran, unser eigenes Verhältnis zur DDR aufzuarbeiten und die — damals normalen — Grenzgänge zwischen pragmatischem Umgang mit einem realen Staatsgebilde DDR und versteckten (aber nur partiellen) Hoffnungen auf Wiedervereinigung (Grenzgang zwischen Wieder- und Wiedervereinigung) als solche zu benennen und auch dazu zu stehen. Nicht wenige von uns wollten damals einfach kein wiedervereinigtes Deutschland aus Furcht vor neuer deutscher Großmannssucht. Das ist deshalb so wichtig eingestehen, weil das Denken und Handeln der Menschen in der DDR natürlich auch von unserem Umgang mit den Offiziellen der DDR bestimmt war. Der Westen bot Erleichterung, aber keine Auflösung der DDR an. Überlebensnotwendiges Einrichten im System war angesagt, mit allen Schatten und Freuden. Deshalb war das DDR-Volk aber noch lange kein Volk der Kollaborateure — die waren eher durch die Westseite repräsentiert.

Der Mensch PDS lebt unter uns

Der Mensch PDS ist immer auch ein Stück Mensch DDR; Kutzmutz und Stolz sind die besten Beispiele für gelebte Vergangenheit; das ist Rechtfertigung und Zerrissenheit, Identifizierung und Scham, Trotz und Ratlosigkeit.

Pauschale Entschuldigungsformeln für damaliges (Fehl?)Verhalten als bereuendes öffentliches Erkennungsmerkmal einzuklagen: dazu fühlen sich die meisten Menschen aus der damaligen DDR dann doch zurecht nicht individuell genug berücksichtigt und bewertet. Dementsprechend wehren sie sich gegen solche unangemessenen Erwartungshaltungen.

Natürlich muß es Aufarbeitung geben, die in der Vergangenheit stattgefundenen Vorgänge und Handlungsweisen müssen aber differenziert und organisations- und personenbezogen analysiert und bewertet werden.

Auch die Partei PDS ist unter uns...

... und wird (noch?) durch die Identitätsklammer Ost gehalten; generationsübergreifend mit im Westen unbekannten olympischen Spagaten, von links (Führungsriege) bis konservativ, bürgerlich-antifaschistisch bis idealistisch-kommunistisch; wahrlich ein buntes WählerInnenvolk, aus dem sich die anderen Parteien ihr artengerechtes Klientel herauszupicken suchen. Wie lange diese Spagade auszuhalten sind, bleibt Spekulation; der Offenlegungsbeschuß der Stasiaktivitäten für FunktionsträgerInnen und die nachfolgende sehr gebrochene Umsetzungsenergie oder der Dauerkonflikt mit der Kommunistischen Plattform legen die Brüche im PDS-Kitt offen.

Gegen diesen Ableger der Gen-Frucht Deutschland wird es sich immer weniger durchhalten lassen, auf der politisch-moralischen Verweigerungsposition zu verharren. Es ist auch nicht einzusehen.

Eine moralische Trutzhaltung ersetzt halt keine politische Strategie; dem sehr realpolitischen Phänomen PDS müssen wir anstatt mit Ignoranz und Verachtung mit Auseinandersetzung begegnen. Zudem wirkt eine generelle Ablehnungspareole zur politischen Zusammenarbeit mit der PDS in Berlin und den neuen Bundesländern künstlich. Allein schon die alltägliche Zusammenarbeit in den Kommunalparlamenten zeigt den pragmatischen Weg. Hier wird der Blockadeeifer praktisch und ständig unterlaufen.

Lauter Nicht-Strategien

Beer, BIRTHLER, Poppe, Vollmer: alle scheinen sich einig: Die PDS hat kein Konzept für die politische Wende; kann sie auch nicht, weil sie alles von allen Parteien — aber vor allem von uns — abgeschrieben habe. Für Vollmer/Ziller ist sie auch keine Bereicherung für die Demokratie (solches erfreut in der Regel die Herzen der WählerInnen) und sollte sich endlich mal aus ihrer Oppositionspose herausbegeben. Andererseits können sich Vollmer/Ziller wiederum ein punktuelle Zusammenarbeit vorstellen (läuft schon, Leute, läuft schon).

Insgesamt sei die PDS für uns keine strategische Bündnispartnerin, ihr Tolerierungsangebot im Falle einer rot-grünen Minderheitsregierung in Bonn würden wir nicht dulden.

Das ist knallharter Politpoker: Entweder beschaffen uns die WählerInnen rot-grüne Mehrheiten, oder wir bestrafen sie mit Opposition.

Wenn da nicht die bundesdeutsche Realität dagegenstände. In Sachsen-Anhalt kündigt sich eine rot-grüne Minderheitsregierung an, die schon aus programmatischer Einsicht auf eine Zusammenarbeit mit der PDS viel mehr angewiesen sein wird als auf die CDU; und auch in Mecklenburg-Vorpommern wollen SPD, PDS und Bündnis90/Grüne auf kommunaler Ebene Zweckbündnisse gegen die CDU eingehen: widersprüchlicher und verwirrender gehts wohl nicht mehr.

Symptomatisch für die gelebte bündnisgrüne Widersprüchlichkeit in puncto PDS ist dann auch, daß auf der letzten BDK in Mannheim der grüne Jugendverband bei uns Mitglied wurde, obwohl den Jungschen auch PDS-Mitglieder beitreten dürfen.

Deshalb erscheinen mir die Debattenbeiträge der o.g. vier defensiv bis konzeptionslos. Sie thematisieren und analysieren die PDS in allen Schattierungen, lassen aber außen vor, welche strategischen Ziele Bündnis90/Die Grünen zu regierungsfähigen Umsetzung eige-

ner Programmatik auf Länder- und Bundesebene verfolgen sollte. Allein darauf zu setzen, durch Überzeugungskraft und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit potentielle PDS-WählerInnen auf unsere Seite zu ziehen, verkennt deren Identifizierungswillen mit ihrer Vergangenheit und Protest-Ost und weist deshalb noch keinen Weg zu Mehrheiten. Nur mit Programmatik können zudem Gefühle nicht ausgehebelt werden; eher ist die Anerkennung der Gefühle gefordert.

Und gar Alleinvertretungsansprüche für unsere politischen Positionen zu beanspruchen (die anderen schreiben eh nur ab), verhärtet eher Unverständnis bei potentiellen WählerInnen und erinnert ein bißchen an das selbstzufriedene und satte Altparteiengedöns gegenüber uns Grünen in (noch nicht so) alten Zeiten.

Ohne eigene Vorhaben haben wir das Nachsehen

Machen wir uns nichts vor, in der momentanen Hochrechnungsszenarie und unter der schon leicht zerfledderten oder noch hochgehaltenen PDS-Ächtungsflagge stehen wir politisch außen vor.

Dabei gibt es gute Gründe, in der Zukunft nicht mehr allein auf die SPD als politische Bündnispartnerin zu setzen. Bei einem deutlich konservativen Trend in der SPD und einer völlig nichtssagenden FDP muß die Frage erlaubt sein, welchen Sinn eine Quasi-Ächtung der (PDS)-Programmatik eigentlich macht, die zumindest formal der unseren am nächsten steht.

Wir können es uns auch politisch nicht leisten, aus Prinzip keine Bündnisse mit der PDS einzugehen. Unsere Zielsetzung ist das Mitregieren, weil wir überzeugt sind, wichtige Beiträge zu gesellschaftlichen Umgestaltung ausgearbeitet zu haben. Gemäß einem solchen politischen Selbstverständnis müssen wir konstruktiv auftreten, anstatt uns in Verweigerungshaltung zu üben.

Zu übernehmende Regierungsverantwortlichkeiten stehen jetzt vor der Tür. Wer meint, daß es auf Länder/Bundes- und sonstiger Ebene keine Kooperationsmöglichkeiten mit der PDS geben dürfe, steht in der Pflicht, gesellschaftspolitische Alternativen zu formulieren. Allein schon im Interesse einer politischen Umsetzungschance für unsere Programmatik ist dies erforderlich.

Noch können Bündnis90/Die Grünen trotz ihrer schwachen Ost-Macht wegen der machtpolitisch isolierten PDS politische Vorgaben an die PDS formulieren; bald geschieht dies andersherum und ist dann noch weniger politisch und emotional verknäpft als jetzt.

Damit soll die PDS nicht als künftige Hoffnungsträgerin für bündnisgrüne Regierungsbeteiligungen hochstilisiert werden; vielmehr ist dies ein Plädoyer für bündnisgrünes Selbstverständnis, das Heft des Handelns selbst in die Hand zu nehmen, anstatt wie ein Kaninchen auf der Schlange zu hängen. Wir müssen den Sprung aus der Abgrenzung und Ausgrenzung in die Auseinandersetzung und Aufarbeitung mit der PDS schaffen.

Perspektiven

Eine echte Auseinandersetzung mit der PDS und auch in der PDS wird erst dann stattfinden, wenn die aktiv in ihr arbeitenden Mitglieder/Sympathisanten merken, daß sie ernst genommen werden von einer anderen für sie wichtigen gesellschaftlichen Gruppierung. Nur dadurch werden sie gezwungen, sich zu ihren Aussagen zu bekennen und sich nicht beliebig verhalten zu können.

Damit findet auch nach innen ein Abprüfen statt, wer diesen Kriterien entspricht und wem nicht.

Da wird es dann sicher noch manche Überraschungen geben.

Vorausgesetzt, wir erzielen Einigung darüber, unter welchen prinzipiellen Bedingungen wir die PDS als Koalitionspartnerin akzeptieren können, wäre diese alsdann zumindest als Tolerierungspartnerin diskutabel; formal würde sie damit nicht überfordert, und ob sie innerlich und inhaltlich dem standhalten kann, könnte für sie zu einer Überlebensfrage nicht nur in Berlin werden.

Wir müssen neue Wege für politische Alternativen aufzeigen; wird werden dazu immer mehr als nur eine Bündnispartnerin brauchen; das wissen wir auch und sollten dementsprechend handeln. (Berlin, im Juni 1994)

(Michael Haberkorn ist Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuß des Landesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmalle 24, 22767 Hamburg), Herbert Stasch (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, 10829 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stasch; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Czernikstr. 5, 10829 Berlin, Tel. 030/7815222, Fax: 030/7848925.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmalle 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Funktionsverlust und Reaktion bei der F.D.P.

Zur Diskussion der FDP-Wahlergebnisse

Als 1982 die FDP aus der sozialliberalen Koalition ausbrach, ging sie bei direkt darauf folgenden Wahlen in Hessen mit ca. 3% k.o. Teile der Bundestagsfraktion der Partei liefen zur SPD, u.a. der jetzige SPD-Generalsekretär Verheugen und die Finanzexperten Matthäus-Maier. Ferner bildete sich eine Abspaltung. Nun hat die FDP am Europawahltag verloren, auch bei den gleichzeitigen Kommunalwahlen im Osten. Eine Woche später stürzte die Partei bei den anhaltinischen Landtagswahlen schwer — von 1990 (13,5%) auf 3,6%. Hält dieser Trend an, kann dem jetzt alles beherrschenden Bürgerblock die Bundestagsmehrheit wegbrechen. Wenn REP und FDP — dick unterstrichen: beide! — die 5% verfehlen und wenn die PDS diese Hürde überwindet

Die FDP und ihr Inspirator Kohl gehen davon aus, daß es sich nicht um einen Niedergang der Partei handelt, sondern bloß um eine Kommunikationsstörung mit der denkbaren Wählerschaft, die im Moment noch nicht versteht, worauf die Partei hinaus will. Es läßt sich aber auch die Meinung untermauern, daß das Problem gerade umgekehrt liegt.

Schon in der alten BRD hatte die FDP mit einem sozialen Wandel fertig zu werden. Konstituiert hatte sie sich als Interessenpartei kleiner und mittlerer Gewerbetreibender sowie der selbständigen Intelligenzberufe, deren soziales Leben von Konflikten mit dem Finanzamt und diversen Aufsichtsbehörden strotzt und deren Selbständigkeit und Selbstgefühl durch die allmächtige Behördenpraxis beeinträchtigt wird. Der Staat, der ihr Diener sein sollte, wird auch von ihnen als Herr erlebt. Dieser Konflikt bietet einen Nährboden für eine domestizierte Vegetation der bürgerlich-demokratischen Ideen, die am revolutionären Anfang der bürgerlichen Gesellschaft standen.

Der FDP kam die Rolle des Mehrheitsbeschaffers aus drei Gründen zu: Erstens konnte sie die beeindruckende Pose der Erben der Begründer der bürgerlichen Gesellschaft einnehmen. Zweitens konnte sie gegenüber Konservatismus und Reaktion mäßigenden Abstand halten und eine lebendige Kritik an staatlicher Allmacht und Büro-



kratismus führen. Drittens konnte sie sich gegen die demokratischen Ansprüche aus der Arbeiterbewegung sperren, wo immer diese auf Eingriffe in das freie Wirtschaften hinausgelaufen wären.

Nun wird die Resonanz, die Doktrin und Praxis, Lehre und Gehabe dieser Partei im sozialen Leben der Gesellschaft finden, durch Mißklänge gestört, deren Quelle der soziale Wandel, die Monopolisierung der BRD ist. Der große Teil der kleinen Gewerbetreibenden ist aufgegeben, was bleibt, ist zunehmend weniger selbständig auf dem Markt, sondern Liefer- und Erfüllungsgehilfe große Konzerne, ebenso wie in den Intelligenzberufen die freie Beziehung zum Klienten einer Abhängigkeit von Verordnungen, Aufsichtsbehörden, Versicherungsfinanzierung usw. weicht. Ein stets wachsender Anteil der Intelligenzberufe bringt sein ganzes Leben der Karriere in einer Hierarchie dar, sei es als Staatsbeamter oder im Konzern. Die FDP, die ihren Kultus am schillernden Idol der Selbständigkeit aufgehängt hat, sucht gerade was anderes. Der Begriff des Besserverdienenden eignet sich nicht, er ist zu ehrlich, der Begriff des Leistungsträgers eignet sich ebenfalls nicht, er ist zu verlogen.

In der Wirtschaftspolitik der FDP war das Versprechen, die Steuern zu senken und Staatsaufgaben zu privatisieren, das A und O. Der Anschluß der DDR und die Enteignung ihrer Bürger

durch westliche Private war und ist jedoch nur durch fortdauernde riesige Transfers aus Mitteln der Steuer, der Kranken- und der Sozialversicherungen finanzierbar. Die Staatsquote ist auf über 50% hinaufgeschneit. Da die Klientel der FDP recht gut weiß, daß sie ihr Geld aus Staatsaufträgen verdient, vom Staat Gehalt bezieht oder mit staatlich beaufsichtigten Kassen abrechnet, verliert der klassische FDP-Dauerbrenner „Steuern und Abgaben senken!“ an Heizkraft. Dies ist eine echte Zwickmühle, die vor allem im Osten gnadenlos zwickt.

Konkurrierend mit den Grünen propagiert die FDP ökologische Marktwirtschaft, gemeint ist ein System von Anreizen im Unterschied zu Ge- und Verboten. Ökologische Ziele sind öffentliche Ziele, sie werden festgelegt durch wissenschaftliche Untersuchung und demokratische Entscheidung. Wäre die Einhaltung solcher Normen nicht strukturell mit Belastungen der Rendite der Privaten verbunden, so wäre es zu einem ökologischen Problem wohl nie gekommen. Die „ökologische Marktwirtschaft statt Ge- und Verboten“ ist erkennbar nicht Politik, sondern Ausrede.

Die FDP hat das Problem, von einer Partei der Selbständigkeit gänzlich zu einer Partei der Karriere zu werden. Karriere bedeutet Ein- und Unterordnung in eine Hierarchie. Damit verliert liberale Ideologie ihre Mittelstellung.

In ihrer Doktrin verliert die Person die zentrale Stellung. Sie wird durch die Institutionen ersetzt, in denen Karriere möglich ist, die Partei wird zur Kritik dieser Institutionen strukturell zunehmend unfähig. Selbständigkeit und Unabhängigkeit, die der Person verlorengelassen, werden als Eigenschaften der Institutionen, in denen man dient, d.i. Konzerne und Staat, kultiviert. Die liberale Ideologie erlebt einen Funktionswechsel, sie dient nun der Entfesselung von Herrschaftsansprüchen dieser — für ein breites öffentliches Empfinden außerordentlich und zunehmend kontrollbedürftigen — Institutionen.

Der Nationalismus, der dem Liberalismus noch nie fremd war, verliert im Zuge dieser Entwicklung eine innere Hemmung, die der Achtung vor dem Nachbarn. Dies ist die Folge des Expansionismus. Nur die Verwandlung der Nachbarn in unsere verlängerte Werkbank, in unsere Schutzbefohlenen läßt ein Wuchern der Institutionen zu und nimmt von der Karriere den Druck. Aus diesen Wirkungszusammenhängen erklärt sich, daß rechtsradikale Parteien — naheliegend Österreichs Haider — sich aus dem Liberalismus heraus entwickeln können.

Dem Auf und Ab der politischen Konjunkturen liegt, so wird hier vermutet, ein schleichender Funktionsverlust der FDP zugrunde. Der in Konzern und Staat integrierte Mittelstand formuliert seine Kritik an der Herrschaft der Privaten ökologisch oder sozial. Der Liberalismus neuer Prägung, wie ihn Kinkel vertritt, führt diesen Funktionsmittelstand in die Identifikation mit der Herrschaft, er versteht sich als Elite.

So hat sich in den letzten Jahren der Koalition die FDP zu einer Kraft entwickelt, die in immer mehr Fragen, vor allem aber in der Außenpolitik, den Konservatismus von rechts antreibt. Wo sie eine Funktion der Kontrolle von Macht innehatte, stehen heute andere, SPD, Grüne und jetzt wohl auch die PDS. Die demokratische Tradition hat die FDP mit ihrer z.T. treibenden Beteiligung an der Ausländer- und Asylpolitik brutal belastet, ein Strukturmerkmal, weil eine Elite gar nicht anders hergestellt werden kann als durch Ausgrenzung. Mit Blick auf Österreich und auch auf Italien können wir uns gewarnt fühlen. Der auf diese Weise verkommene Liberalismus bereitet dem Faschismus im Zentrum der bürgerlichen Gesellschaft den Boden. — (maf)

TERMINE

21.7. bis 24.7. Linke Sommerschule in Schnepfenthal, Thüringen. Themen: Philosophie: Auseinandersetzung mit der Postmoderne; Geschichte: verschiedene Richtungen im antifaschistischen Widerstand; Wirtschaft: liberale Wirtschaftstheorie / Tarifpolitik am Scheideweg / Marxistische Grundrententheorie. Anmeldungen bis 15. Juli an:

GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. (040) 38 13 93; Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. (03 65) 7 10 19 88 Wahlkreisbüro Gera MdL Michael Gerstenberger, Amthorstr. 11, 07545 Gera, Tel. (03 65) 81 31 30.

11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

25.9. Landtagswahlen in Bayern

16.10. Bundestagswahlen, Landtagswahlen in Thüringen, Kommunalwahlen in NRW

AG antifaschistische Bildungspolitik

Ergebnisse der Tagung am 11. Juni

Die MV der AG für antifaschistische Bildungspolitik vom 11. Juni 1994 stellt fest:

1. Aus den Erfahrungen der Arbeit im Bereich der Bildungspolitik ergibt sich ein verändertes Bild der politischen Arbeitsformen und inhaltlichen Schwerpunkte: Die Tätigkeit verlagert sich weg von regelmäßigen, statuarisch geregelten, überregionalen Organisationsformen hin zu aktuell motivierten und themenzentrierten Austauschformen, z.B. Bearbeitung von Themen in Seminarform zur Unterstützung betrieblicher bzw. örtlicher Tätigkeiten.
2. Der Stellenwert publizistischer Tätigkeit verändert sich ebenfalls vor diesem Hintergrund. Festzuhalten ist, daß

das Einstellen des Nachrichtenheftes „Antifaschistische Bildungspolitik“ einen Verlust bedeutet, weil politische Positionen, Orientierungen und Blickwinkel vertreten wurden, die sonst in der Öffentlichkeit nicht zu finden waren. Es ist uns jedoch unmöglich, die Kräfte zu finden, die in noch stärkerem Maße als bisher erforderlich wären, um eine solche Publikation aufrechtzuerhalten.

3. Es besteht verstreut und vielfältig ein Bedürfnis, sich themenzentriert in Seminaren über Fragestellungen der Bildungspolitik auseinanderzusetzen. Vorbereitung und Durchführung solcher Seminare erscheinen möglich in bestehenden Arbeitszusammenhängen wie Arbeitskreisen der PDS, Linker Listen u.a. zur Bildungspolitik. Das Interesse am Austausch mit bisherigen Mitgliedern der AG sollte in solchen veränderten Arbeitszusammenhängen weiter verfolgt werden. Um für dieses Interesse die Initiative auch in Zukunft ergreifen zu können, halten wir das Wei-

terbestehen der AG für sinnvoll.

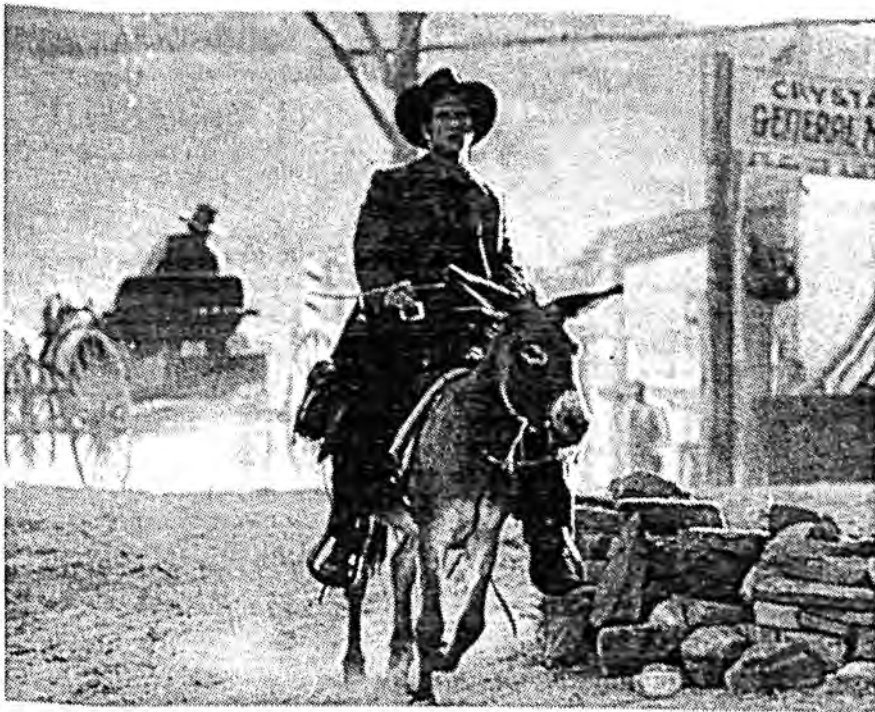
4. Wir streben an, einmal im Jahr in der genannten Form ein Seminar zu einer wichtigen Frage antifaschistischer Bildungspolitik durchzuführen, für Ende dieses Jahres zum voraussichtlichen Thema „Perspektiven der Gewerkschaftspolitik unter veränderten politischen und ökonomischen Bedingungen“.

5. Dem GNN-Verlag wird mitgeteilt, daß die AG für antifaschistische Bildungspolitik ihre Publikation einstellt, und es wird gebeten, den Abonnenten diesen Beschluß der MV der AG zuzustellen.

6. Die AG für antifaschistische Bildungspolitik hält an ihren formulierten „Zielsetzungen“ fest, hebt das organisatorische Statut auf und erhebt keine Mitgliedsbeiträge mehr.

7. Das Konto der AG bleibt bestehen. Es besteht weiterhin eine Geschäftsführung in Hamburg.

Hannover, 11. 6. 1994



Rundreise durch die Westernwelt: Maverick

Man sieht: die Landschaft von Kalifornien, einen wunderschönen Raddampfer, Cowboys, Bösewichter, viele Indianer, einen Helden, der schnell mit den Fäusten und mit dem Colt ist, eine beherzte Frau, einen nicht astreinen Sheriff, Schlägereien usw. Man befindet sich in einem Western. Aber in „Maverick“ ist alles etwas anders als gewohnt.

Der Film beginnt mit einer Rückblende. Der Spieler Maverick (Mel Gibson) sitzt auf seinem Pferd, den Kopf in der Schlinge, die Schlinge am Baum, und erklärt, wie es dazu gekommen ist. Keine Angst, der Film endet nicht mit diesem Anfang. Maverick ist in das Westernkaff gekommen, findet die Bank geschlossen und begibt sich in den Saloon. Dort gewinnt er einigen finsternen Gestalten ihr Geld ab. Die wollen sich auf ihn stürzen. Da stürmt eine weitere Bande herein. Maverick besiegt sie alle, daher läßt der erste Trupp ihn lieber in Frieden. Kurz darauf draußen: Maverick bedankt sich bei den Kumpels, die er zum Überfall bestellt hatte. Eine schöne Frau, die mit am Spieltisch gesessen hatte (Jodie Foster), ist stark beeindruckt und sucht Maverick in seinem Zimmer auf. Aber auch sie ist eine famose Spielerin und blufft genauso gut wie Maverick. Gleich zweimal klagt sie ihm die Brieftasche. Denn auch sie will am großen Pokerturnier teilnehmen und hat das Eintrittsgeld noch nicht zusammen.

In Gesellschaft eines weiteren Spielers, Sheriff von Beruf, brechen die beiden in einer Kutsche auf. Unterwegs bewahrt sich Maverick als Retter, als die Pferde durchgehen, beschafft einigen Frauen, die scheinten einer Sekte angehören, das Geld wieder, das ihnen von eben dem Haufen geraubt wurde, der verhindern soll, daß Maverick zum Ort des Pokerspiels gelangt. Kaum überreicht er den Damen den Betrag, indem er großmütig auf die angebotenen Prozente verzichtet, tauchen rundum Indianer auf. Maverick verhandelt mit dem Häuptling, den er in Wirklichkeit gut kennt. Der Häuptling spielt mit, als Maverick ihn bittet, zum Schein zu drohen und die Spielergefährtn zu verlangen. Neue Komödie: Maverick opfert

sich für sie, die glaubt, er würde zur Marterung geschleppt, und Maverick haut mit den Indianern ab.

Immer wieder betätigt sich der Regisseur Richard Donner als Klischeeknacker. Der Häuptling äußert seinen Unmut darüber, daß die Indianer dauernd ein Verhalten an den Tag legen sollen, wie es romantische Weiße, die keine Ahnung von der Wirklichkeit haben, von ihnen erwarten. Dann hat er eine glänzende Idee, wie beide zu Geld kommen können, er zu dem Betrag, den er seinem Freund Maverick noch schuldet, dieser zu seinem Eintrittsgeld. Der Häuptling macht einem Großwildjäger klar, er könne heute etwas Besonderes schießen, einen Indianer. Maverick muß sich verkleiden und sich jagen lassen und entkommt mit knapper Not. Später erpreßt er den Jäger, der meint, es sei bloß ein Indianer gewesen. Aber „Mord ist Mord“, sagt Maverick und versetzt sich so in die Lage, der schönen Annabelle galant ihr Eintrittsgeld präsentieren zu können.

Das große Pokerspiel endet, wie man es trotz zahlreicher Verwicklungen kommen sieht. Maverick gewinnt die halbe Million Dollar. Die Freude ist kurz, denn schon tritt der Gesetzeshüter, der als einziger Bewaffneter die Einhaltung der Spielregeln überwacht hatte, auf und reißt den Gewinn an sich, verfolgt von dem Besitzer des Spielsalons. Aber in diesem Film wird den Autoritäten nichts gegönnt. Maverick trickst sie aus und verschwindet mit der Beute.

Da sich jedoch die Dame Annabelle, anders als im Western üblich, von dem Helden nichts bieten läßt und konsequent für ihre Interessen eintritt, geht schließlich alles noch ganz anders aus.

„Maverick“ wurde auf Grundlage der gleichnamigen Fernsehserie gedreht, die 1957 bis 1960 in den USA lief. Der damalige Darsteller des Maverick, James Garner, spielt jetzt im Film den Sheriff. Einige Ungereimtheiten der Handlung erklären sich vielleicht aus der Herkunft aus dieser Serie. Schaden tut es nicht, denn ohnehin spielt der Regisseur mit den Versatzstücken des Western und mit den Erwartungen der Zuschauer. — (anl)

Geronimo: Widerstand eines Apache-Kriegers

Geronimo“ ist ein Film über einen Apache-Krieger, der letzte, der gegen die Reservatspolitik des amerikanischen Militärs gekämpft haben soll. Der Film ist ein Spielfilm mit stark dokumentarischem Charakter und vermittelt die Sicht eines jungen Lieutenants der Army, den der Verlauf des „Geronimo-Feldzugs“ zur Quittierung des Dienstes aus Gewissensgründen bewegt.

Vom Handlungsablauf und von den Drehorten erinnert der Film stark an alte Western, allerdings ohne Siedler-Ideologie. Viel Blut wird vergossen, vor allem natürlich indianisches. Helden sucht man in diesem Film jedoch vergebens, auch indianische. Zu einem Zeitpunkt, zu dem die meisten Indianerstämme ihr Dasein bereits in Reservaten fristen, leistet nur ein Apachenstamm mit Geronimo an der Spitze Widerstand. Doch auch er kapituliert und wird im Auftrag eines Captain Crook von zwei Lieutenants in das Reservat geleitet. Dieser Captain steht für respektvollen Umgang mit dem niedergeworfenen Feind. Unter dieser Linie sind sogar freundschaftliche Beziehungen zwischen Offizieren und Indianern möglich.

Geronimo wird im Reservat schnell klar, daß er dieses Leben nicht führen kann. „Manche von uns sind geeignet, Maisbauern zu werden, ich bin es nicht.“

Er hat keinen Haß auf die „Weißaugen“, er will kein berühmter Krieger werden, es ist nur einfach so, daß er nur die Wahl hat zwischen einem Bauern-dasein, das ihn nicht einmal ernährt, oder einem aussichtslosen Krieg. Er wählt den aussichtslosen Krieg, flieht aus dem Reservat und sammelt Gleichgesinnte um sich.

Damit erleidet Captain Crook eine politische Niederlage und tritt zurück. Sein Nachfolger ist ein Mann der Brachialgewalt. Doch da er sich nicht die mindeste Mühe macht, die Indianer zu verstehen, scheitert er bei der Verfolgung von Geronimo und seinen Leuten. Gefunden wird er durch den Lieutenant Gatewood, der die Sprache der Apaches spricht, ihre Denkweise nachvollziehen kann. Den Indianern wird versprochen, nach einem Strafexil von zwei Jahren wieder in ihr Land (heißt Reservat) zurückkehren zu können. Sie ergeben sich — es sind nur noch 34 Mann — werden nach Florida deportiert und dürfen nie mehr zurückkehren. — (udi)

Kapitalismus in Filmversion

Kapitalismus im Film hat einen neuen Namen: „Mac Millionär“. In diesem kapitalistischen Film geht es um einen Jungen, eine schöne Frau und um viel Geld. Dieses viele Geld löst scheinbar alle Probleme des Jungen — auf einmal wird er beachtet, hat er Macht, Freunde usw. Aber eben nur scheinbar...

Es fängt eigentlich sehr normal an, entpuppt sich aber als schräge, mittelmaßig gelungene Komödie.

Eigentlich ist dies passiert: Ein Junge, der Platzprobleme hat, weil seine beiden Brüder sein Zimmer als ihr Arbeitszimmer erklären, bekommt plötzlich von einem mysteriösen Mann einen Blankoscheck in die Hand gedrückt, als dieser ihn und sein Fahrrad versehentlich mit dem Auto angefahren hat und Aufsehen mit der Polizei auf alle Fälle vermeiden will.

Doch statt den Scheck, wie es der Mann gesagt hatte, seinem Vater zu geben, legt der Junge ihn in seinen Drucker ein und schreibt auf ihn eine Summe von 1 000 000 \$ in bar. Damit geht er in die Bank und gelangt schließlich über einige Umwege (z. B. über die am Anfang genannte schöne Frau, die in der Bank arbeitet) zum Bankdirektor. Dieser macht mit dem mysteriösen Mann krumme Geschäfte und löst dem Jungen den Scheck (in dem Glauben, daß der Junge ein Bote von dem mysteriösen Mann ist) ein.

Nun geht der Junge einkaufen. Er kauft (unter dem Decknamen „Mr. Macintosh“) das verrückteste Spielzeug und alles mögliche sonst noch so ein (Cyberspace, Fernseher, eine Rutsche, und eine Villa). Doch das fliegt auf. Nun jagen der mysteriöse Mann (von dem sich mittlerweile herausgestellt hat, daß er ein Dieb ist), sein Helfer und der Bankdirektor hinter Preston (so heißt der Junge) her. Daraus entwickelt sich der Versuch eines Krimis, der allerdings nicht so ganz gelungen ist. Am Ende gibt's 'ne Riesen-Party, die „Mr. Macintosh“ allerdings nicht mehr bezahlen kann, weil ihm nämlich sein Geld bereits wieder ausgegangen ist, und in die schöne Frau (die, wie sich kurz zuvor herausgestellt hat, in Wirklichkeit eine FBI-Agentin ist) zu allem Überfluß auch noch eingreift. Also geht Preston wieder zu seinem Vater, und der zeigt, nachdem er alles gehört hat, nun mehr Verständnis für den jungen Preston. Dann trifft sich der „Mac Millionär“ noch einmal mit seiner großen Liebe, der FBI-Agentin, die ihm verspricht, daß sie in fünf Jahren doch noch einen Rendezvous-Versuch starten könnten. Also doch noch ein Happy End. — (thl)

